Christ und Sozialist

Dieter Stork
»Selig sind, die Frieden stiften . . .«
Gerhard Weber
Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten
Ulrike Baur/Horst Gerlach
Über Bruderhöfe in Deutschland
Helmut Gollwitzer/Martina Ludwig
Diskussion um
Luthers »Nein ohne jedes Ja«
Herbert Helms
Jean Jaurès zum 70. Todestag

Blätter des
Bundes der Religiösen Sozialisten
Deutschlands e.V.

3. Vierteljahr 1984

3/84

Inhalt

Dieter Stork
Biblische Besinnung 1

Gerhard Weber
Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten 2

Ulrike Baur
Bruderhöfe in Deutschland 1920-1937 7

Diskussion

Zu Hans Meier »Erinnerungen eines Bruderhöfers« in CuS 1 bis 4/83 (H. Gerlach) 14

Zu Helmut Gollwitzer »Luthers Nein ohne jedes Ja« in CuS 1/84 (M. Ludwig) – Zum Leserbrief von M. Ludwig (H. Gollwitzer) 19

Zu Michael Lapsy »Die Gewalt kann nicht länger ungehindert bleiben« in CuS 1/84 (Th. Nippe) 24

Herbert Helms
Jean Jaurès zum 70. Todestag 24

Bundesnachrichten 35

Barmen-Gedenken 1984 (A. Pfeiffer) – Adriaan van Biemen 1915-1984 (M. Mattmüller) – Katholikentag 1984 (K. Kreppel) – Im Namen des Volkes – Termine.

Buchbesprechungen 44

H. Warnecke, Ahrweiler Synagoge (A. Pfeiffer). – F. W. Kantzenbach, Die Bergpredigt (H. Röhr).

Autoren dieses Heftes . . . . . letzte Umschlagseite

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Klaus Kreppel, Jürgen Finnern, Dorothee Schäfer.

Redaktion: Erika Adolphy, Leopoldshöhe – Udo Fleige, Tübingen – Reinhard Gaede, Herford – Siegfried Katterle, Bielefeld – Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) – Annette Muhr-Nelson, Dortmund – Bruno Schmidt, Mettmann.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17, Telefon 0521/33 54 54.
Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937.
Bezugspreis jährlich DM 15,– zuzüglich Versandkosten.
Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.
Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

Dieter Stork

BIBLISCHE BESINNUNG *)

Selig sind, die Frieden stiften;
denn sie werden Gottes Kinder heißen.
Mt 5,9

I.D.E.E. in Hannover. Eine Messe, auf der Elektronik für Kriegsgeräte aus- und vorgestellt und verkauft wird. Zuvor wird heiß diskutiert: In unserem Land soll eine solche Messe nicht stattfinden. Unvergessen ist das Leid, das wir Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg über die Menschen brachten. Darum: Niemals I.D.E.E. in Deutschland. Warum nicht? sagen die anderen. Warum sollen wir uns dieses schöne Geld entgehen lassen?

Junge Menschen diskutieren nicht nur. Sie handeln. Sie demonstrieren, wagen symbolische Handlungen, mit denen sie auf die Toten hinweisen, die diese schrecklichen Geräte hervorbringen können. Sie kommen mit Polizisten ins Gespräch. Einer hat bewußt seinen Helm abgenommen und seine Mütze aufgesetzt. Seine Geste sagt: Ich will mir anhören, was ihr zu sagen habt. Vielleicht auch: Ich bin auf eurer Seite.

Der andere, sein Gesprächspartner, will zum Nachdenken anregen. "Wir dulden euren Völkermord nicht länger." Manch einer, Händler oder Unterhändler, oft nur ein Rädchen im militärischen Einkaufsgetriebe, ist betroffen, hat die Dinge noch nie so gesehen, will darüber nachdenken.

Daß "Frieden schaffen ohne Waffen" möglich ist, sollte unter uns Christen nicht so umstritten sein. Immerhin hat Jesus sich gegen die Gewalt, gegen die kriegerische Auseinandersetzung, entschieden. Er hat ja in seiner Jüngerschar Leute aus dem terroristischen Untergrund. Judas Iskariot, der Dolchmann war. Die Dolchmänner stachen einfach los, wenn irgendwo ein Römer in der Menge eingekeilt war; Simon, der Zelot, einer aus der Gruppe der wohl fanatischsten Gegner der Römer; auch Johannes und Petrus, die "Donnersöhne" genannt wurden, werden sicher keine süßen Kinder der Sanftmut gewesen sein.

Jesus entscheidet sich trotz solcher Anhänger dennoch für die Gewaltlosigkeit, für das Sterben ohne Gegenwehr - und er bestätigt sie durch sein Leben und Sterben.

*) aus: Manchmal ist der Himmel über uns offen. Gedanken zur Bergpredigt.
Verlag Ernst Kaufmann, Lahr 1984.

So wird diese Seligpreisung zu einer klaren Anweisung an Gottes Söhne und Töchter auf Erden, Konflikte nicht durch Krieg und Gewalt zu lösen, sondern sie durch Offenheit, Vertrauen und Gesprächsbereitschaft, wenn es sein muß, durch die Bereitschaft zum Leiden, durch Leiden selbst, zu klären.

Ein Lernprozeß soll uns gefangennehmen, den Frieden anders und neu auszuprobieren. In der Geschichte des vorwärtsstürmenden Europa hat das "Frieden schaffen mit Waffen!" immer eine überragende Rolle gespielt und unermeßliches Leid über Menschen gebracht. Allerdings haben uns die beiden Weltkriege, oder auch der Vietnamkrieg, deutlich gezeigt: Die Grenze ist längst erreicht! Die Menschen müssen umkehren! Sie vernichten sich selbst! Schon die Kraft der konventionellen Waffen ist so gewaltig, daß sie alles Leben vernichten können. Und was in den Atomarsenalen lagert, kann diese Erde zu einem Totenhaus auf hunderttausend Jahre machen. Was in den Hirnen von Militärstrategen und Rüstungsfachleuten heute noch brütet, kann schon übermorgen die Menschheit auslöschen. Die Spirale der Gewalt hat sich überdreht.

"Frieden schaffen ohne Waffen!" will nicht einfach eine politisch verkürzte Abrüstungsparole sein. Der abgenommene Helm des Polizisten deutet dies an. Sie will Lebensprogramm von Christen werden, die als Friedensstifter leben wollen. Irenäus, diesen Namen gaben viele Christen der ersten Jahrhunderte ihren Kindern. Und das heißt nichts anderes als "jemand, der Frieden machen will".

Gerhard Weber

DIE BASISGEMEINDE WULFSHAGENERHÜTTEN

Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten steht mit der Bruderhofbewegung in enger Verbindung und damit einem Teil der Tradition des Religiösen Sozialismus sehr nahe. Gerhard Weber schickte uns einen Bericht, dessen beide erste Abschnitte von der Gemeinde selbst verfaßt wurden. Im dritten Teil werden die Eindrücke einer 77-jährigen Besucherin, die zum ersten Mal zu Besuch war, festgehalten. Zum vierten Teil, dem Friedenspapier, das in einem langen Reflexionsprozeß der Basisgemeinde entstanden ist, schreibt Gerhard Weber:

"Dieses Friedenspapier faßt auch zusammen, warum es uns als Gemeinde überhaupt gibt und weist deshalb über uns hinaus. Daß wir darüber als Christen untereinander ins Gespräch kommen, halten wir für viel wichtiger als Einzelheiten über das Leben einer Basisgemeinde, weil eine

Einzelgemeinde nur im Blick auf den größeren Zusammenhang des Reiches Gottes interessant, für sich genommen aber völlig uninteressant ist. Als religiöse Sozialisten werden Sie sofort verstehen, was wir meinen."

1. DIE ANFÄNGE

Die Anfänge der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten gehen in die frühen siebziger Jahre zurück: eine Gruppe von Christen - überwiegend aus der Johannesgemeinde in Kornwestheim - fühlte sich gedrängt, sich in einer ganzheitlichen Weise zu einem Leben in der Nachfolge Jesu zu bekennen. Immer wieder wurde und wird heute gesagt, daß ein Leben in der Art der ersten Christen unter den Bedingungen unserer heutigen Welt nicht mehr möglich sei. Die Mitglieder jener Gruppe wollten mit ihrem eigenen Leben herausbekommen, ob diese Behauptung stimmt oder ob sie nicht vielmehr häufig eine Ausrede vor konkreter Nachfolge ist. Sie hatten miteinander die Gewißheit, daß das Evangelium, wenn es ganz ausgelebt wird, auch heute jene Kraft und Dynamik in sich hat, die allein der Welt in ihren zunehmenden Sackgassen helfen können. Jene Gruppe des Anfangs fühlte sich gestärkt und ermuntert durch viele andere Zeichen radikal gelebter Jesusnachfolge auf der ganzen Welt: durch Taizé, durch die Integrierte Gemeinde in München, durch die Basisgemeinden in Südamerika, Holland, Frankreich und Italien, durch die Bruderhöfe in USA und England, durch die neuen evangelischen Kommunitäten.
Heute bekennt die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, daß die biblischen Verheißungen tragen und wahr sind.

2. DER AUFTRAG

Die Basisgemeinde rechnet damit, daß das Reich Gottes kommen und Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen und die ganze Welt schaffen wird. Mit Recht spüren heute viele Menschen, daß die Gerechtigkeit und der Friede Gottes die radikalste und revolutionärste Kraft ist, die heraushelfen kann aus den Sackgassen der Rüstung und der Zerstörung der Lebensgrundlagen.
Jedoch ist der auferstandene und heute wirkende Christus unserer Meinung nach der alleinige Weg zum Reich Gottes und die einzige "Methode" für Gerechtigkeit und Frieden. Deshalb ist die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten ganz auf die N a c h f o l g e J e s u ausgerichtet. Sie ist bereit, jederzeit dorthin aufzubrechen, wo sie glaubt, daß Christus sie haben will. In den Gemeinden Jesu soll vorweg gelebt werden, wie dieses Reich der Gerechtigkeit und des Friedens aussehen soll. Die Bergpredigt Jesu ist die Lebensordnung dieses neuen Reiches. Deshalb versucht die Basisgmeinde, die Bergpredigt wörtlich zu nehmen. Dementsprechend wird in der Basisgemeinde alles geteilt, kein Waffendienst geleistet und auf Gewalt verzichtet, nicht vorgesorgt, das Wort Jesu über Ehe und Ehescheidung ernst genommen; dementsprechend wird die Offenheit gegenüber allen Menschen, besonders auch gegenüber den Armen, zu leben

versucht. Die Basisgemeinde und alle ihre Mitglieder verstehen sich als Gemeinde von Sündern, die täglich zurückbleiben und neu anfangen und täglich von der Vergebung leben.

Der Bau von Gemeinde - als Vorwegnahme von Gottes neuer Lebensordnung für alle Menschen - ist die erste Aufgabe aller, die in Wulfshagenerhütten als Gemeindeglieder oder als Gäste mitleben. Die neue Lebenskultur des Friedens soll in a l l e n Lebensbereichen sichtbar und greifbar Gestalt gewinnen. Zum Mitanpacken dieser Aufgabe ist j e d e r Mensch guten Willens herzlich eingeladen.
Darüberhinaus lebt die Gemeinde die Verbindung mit Gemeinden und Gruppen in der Nähe und Ferne, die dasselbe tun oder tun wollen.

3. EINE BESUCHERIN BERICHTET

In diesen Tagen - Anfang August 1984 - hat eine 77-jährige Besucherin, die 14 Tage in der Basisgemeinde mitlebte, einen Bericht über ihren Aufenthalt an ihre Bekannten und Verwandten geschrieben. Vielleicht gibt dieser Bericht einer "Außenstehenden" einen anschaulicheren Eindruck, als das ein Eigenbeitrag leisten könnte. Hier ihr Bericht, leicht gekürzt:

"...Ich hoffe, daß es mir gelingt, so ungefähr das Leben hier zu schildern; alles werde ich nicht unterbringen, was ich erlebt habe. Ich möchte deshalb gleich sagen: "Komm' und sieh'!" Gäste sind hier im Haus jederzeit willkommen. Als Gast bin auch ich am 14. Juli... hierhergefahren. Nun zuerst der äußere Rahmen. Das Haus, es sind vier Häuser der Basisgemeinde, liegt nicht weit von Gettorf in einer idyllischen Umgebung, rings herum sind Wiesen und Felder, auch Wald. Eine Lindenallee führt auf das Haus zu. Man wird hier herzlich aufgenommen wie in einer Familie.
Die Basisgemeinde ist in sechs Familiengruppen unterteilt. Jede Gruppe besteht aus 1O - 12 Mitgliedern, hat eine Etage für sich mit Wohnzimmer, Küche, Duschen, Waschraum, Garderobenraum, Schlafzimmern, Gästezimmer und Toiletten. Das Frühstück nimmt jede Gruppe für sich ein, Mittagessen gemeinsam im Speisesaal, Abendessen zweimal in der Woche in der Gruppe, sonst gemeinsam. Samstag, Sonntag auch in der Gruppe. Um 1O.oo Uhr morgens und 4.oo Uhr nachmittags ist ein "snack" (kurzer Imbiß). Alle im Haus arbeiten mit; es ist wie in einem Uhrwerk, jedes Rädchen hat seine besondere Aufgabe. Ich war morgens etwa zwei Stunden in der Küche, nachmittags, nach dem Ausruhen, bügeln, flicken oder Wäsche sortieren. Es bleibt noch genügend Freizeit. Manche Abende sind frei, an den anderen trifft sich oft die ganze Gemeinde; zur Zeit lesen wir die Apostelgeschichte. Morgens um 1/2 8.oo Uhr ist eine "Lesung". Ein Kapitel aus der Bibel wird gelesen, dann stille Zeit, Fürbitte, Vaterunser, Gesang, Segen. Dann Arbeitsverteilung.
Samstag abend ist bunter Abend, von der Jugend mitgestaltet. .. Im Haus ist eine Schreinerei, es werden ganz entzückende Holzspielsachen angefertigt, auch Geräte für Behinderte... aus Amerika geliefert. Einige fahren auf Messen zum Verkauf, z.B. nach Essen und Nürnberg. Aber

auch im Haus ist Verkauf. - Es sind 38 Erwachsene und 25 Kinder, ohne die Besucher. Heute waren wir zum Mittagessen 6O Personen. Das merkt man gar nicht, es ist sehr still im Haus, die Kinder sind tagsüber im Kinderhaus, solange die Eltern arbeiten. Es wird viel gesungen.....Es sind fast alle Berufe vertreten: Lehrer, Werkzeugmacher, Sozialpädagogen, Elektrotechniker, Kindergärtnerin, Kellner, Katechetin, Kriminalbeamter, Bauingenieur, Sekretärin, Schiffskoch. Letzterer ist ein Original, er kam schon in der ganzen Welt herum, ist im Büro und manchmal in der Küche tätig. Hilde, unsere Köchin, muß ich noch erwähnen, war vorher im sozialen Bereich tätig, sie schmeißt den Laden mit nur 1 - 2 Hilfen, kocht prima und ist sehr geduldig mit ihren "Kochlehrlingen"; Kinder helfen auch mit und sind oft sehr geschickt. Einige Gemeindeglieder leiten das Ganze, so still und gut organisiert, geben viel in andere Hände, es fügt sich alles so harmonisch und unbemerkt ineinander... Ich kann unmöglich alle Einzelnen erwähnen, aber Mutter K... will ich noch einbeziehen, unsere zweitälteste Hausgenossin. Sie war in der Nähstube tätig, ist seit einiger Zeit krebskrank. Wenn man sie besucht, erlebt man eine stille und glaubensstarke Kreuzträgerin, die in geschenkter Kraft und großer Sehnsucht wartet auf ihres Leibes Erlösung.... Sie wird in großer Treue und Liebe von ihrer Tochter Dora gepflegt."

4. DER CHRISTLICHE FRIEDENSAUFTRAG = NACHFOLGE JESU

... Der Friede gehört ins Z e n t r u m des Zeugnisses der Gemeinde Jesu Christi - mehr noch: i s t das Zentrum ihres Zeugnisses.
("Zeugnis" meint im Neuen Testament das, wofür wir mit unserem Leben einstehen und was wir mit unseren Leibern veranschaulichen). Die Gemeinde Jesu soll und kann mit Leib und Leben den Frieden veranschaulichen, den Gott der ganzen Welt von Herzen wünscht. "Friede" (Schalom) in der Bibel ist jene neue Lebensordnung, in der die Menschen in der rechten und heilenden Beziehung zu Gott, zu ihren Mitmenschen und zur Natur als Schöpfung Gottes leben. Die Bergpredigt Jesu ist die Grundordnung dieser neuen Lebenskultur des Friedens. Auf dem Boden dieser Grundordnung soll Jesu Gemeinde damit anfangen, diese neue Lebenskultur des Friedens so einladend zu leben, daß die Völker dieser Welt aufhorchen und aufsehen wie zu einer Stadt auf dem Berge und angelockt werden von dieser neuen Kultur und freiwillig ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und keine Lust mehr haben, für den Krieg zu üben (Jes. 2). Wahrscheinlich ist der Friede heute deshalb so bedroht, weil wir Christen den Frieden Gottes aus dem Zentrum unseres Lebenszeugnisses gestrichen und weginterpretiert und ihn zu einem besonderen Thema haben verkommen lassen; zu einem Thema für außerordentliche Worte: für Aufrufe und Verlautbarungen und Resolutionen; zu einem Thema für außerordentliche Aktionen: für Demonstrationen und Sitzstreiks und Sonderfasten.

Der Friede als Sonderwort und Sonderaktion ist salz- und kraftlos. Nicht zu politisch sind wir Christen mit unseren Resolutionen und Aktionen, sondern zu unpolitisch, zu wenig auf das Zusammenleben der Menschen gerichtet, zu harmlos. Die Politik Jesu setzt viel radikaler, viel mehr an der Wurzel an. Jesus reagiert nicht auf die Politik der Mächtigen; er starrt nicht auf die Eigengesetzlichkeit des Bösen, das sich in Sicherheitsdenken und Aufrüstung verleiblicht. Jesus weiß, daß wir Menschen als nur noch Reagierende den Kampf mit dem Bösen schon verloren haben, schon von ihm bestimmt werden, bei allem guten Willen tatsächlich gefährliche Reaktionäre sind. Jesus sieht auf die Position Gottes: das Reich Gottes, dessen Nahekommen er ansagt. Er lädt seine Nachfolger dazu ein, dem Kommen dieses Reiches für die ganze Welt entgegenzuleben, indem sie mit der radikalen Umkehr weg von ihrer seitherigen Sicherheitskultur beginnen und mit ihren Leibern die neue Lebenskultur des Friedens aufbauen lassen.

Erstes Kennzeichen dieser neuen Lebenskultur des Friedens ist die Nachfolge. Denn die Lebenskultur des Friedens ist kein Programm mit feststehenden Grundwerten, die wir Christen nacheinander verwirklichen könnten. Jesus selber ist der Weg, die Methode, und Menschen,die umkehren wollen, begeben sich in der Gemeinschaft mit anderen Umkehrwilligen auf einen offenen Weg mit Jesus. Sie leben in der Nachfolge. Sie lassen alle Sicherheiten des Geldes und der Vorsorge fahren und geben ihre Positionen des Berufs oder festgelegter Lebensentwürfe auf, um tatsächlich und real sich auf einen offenen Weg mit Jesus machen zu können. Wir kennen die Einwände: geht es nicht einfacher? Will Jesus uns permanent unmündig halten, indem er den Weg, den er vorangeht, offen läßt? Kann ich nicht auch in meiner Position ein guter Christ sein? Doch der Weg der Nachfolge gehört wesentlich zur Lebenskultur des Friedens. Denn Sicherheit jeglicher Art, nicht erst der Krieg, ist das den Frieden unter den Menschen am meisten bedrohende. Deshalb die Erinnerung Jesu an die Vögel des Himmels und die Lilien auf dem Felde.

Ein weiteres und damit unmittelbar zusammenhängendes Kennzeichen dieser neuen Lebenskultur des Friedens ist, daß wir miteinander teilen; daß wir aus unserer Kultur des Raubens, des Privatbesitzes (das Private ist - wörtlich übersetzt - das den andern Geraubte) umkehren in die Lebenskultur des Miteinanderteilens, des Schenkens und des Sich-Verschenkens. Das "sie hatten aber alles gemeinsam" der ersten Christen war kein randläufiges Experiment, sondern Zentrum der neuen Lebenskultur der ersten Christen. Wir müssen aus dem System des Besitzens und der Eigengesetzlichkeit des Geldes heraustreten: "Mammon" nennt Jesus diese Eigengesetzlichkeit des Besitzens und des Geldes, an deren Ende notwendig Rüstung und Nachrüstung und Krieg stehen. Welches Unrecht, welches Geraubte muß denn mit immer mehr Waffen verteidigt werden? Mit Recht sagen die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Denkschrift und die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Vancouver, daß die Wurzel der tödlichen Friedensbedrohung die Ungerechtigkeit ist. Wir Christen müssen aus dieser Kultur der

Ungerechtigkeit heraustreten und eintreten in die neue Lebensordnung Gottes (= Gerechtigkeit Gottes) des Miteinanderteilens.

Ein weiteres Kennzeichen dieser neuen Lebenskultur des Friedens ist, daß wir Christen in Gemeinschaft leben: als Gemeinde leben. "Seht wie haben sie einander so lieb!" sagten die Menschen erstaunend über die ersten Christen und meinten das neue Sozialgefüge, in dem sie miteinander lebten. Wir müssen heraustreten aus der Kultur des Einzelnen und Einsamen in die neue Friedenskultur verbindlicher Gemeinschaft, in der einer mit seinem Leben für den Andern einsteht. Meine Freiheit ist dann nicht mehr die, daß ich mir alle Möglichkeiten offenhalte, sondern daß ich mich Gott und meinen Nächsten verspreche und ihnen verbindlich zusage, daß ich bei ihnen b l e i b e . Hier stoßen wir Christen wohl am härtesten mit der Kultur unserer Umwelt und dem, was sie als Freiheit für verteidigungswert hält, zusammen. Christ sein heißt, in Beziehung zu leben, in der Beziehung der Liebe, in einer neuen Sozialordnung, in der Gemeinde. Deshalb kann ich als Einzelner nicht weitergeben, was Christus der Welt gebracht hat...

Anschrift: BASISGEMEINDE WULFSHAGENERHÜTTEN
2303 Wulfshagenerhütten
Post Gettorf
Tel. 04346/5699

Ulrike Baur

"AUF, LAßT UNS ZION BAUEN..." Bruderhöfe in Deutschland 1920 - 1937

Der folgende Beitrag ist als Feature am 26. Dezember 1983 im Süddeutschen Rundfunk erschienen. Auf Anregung der Tübinger Gruppe veröffentlichen wir in diesem und im nächsten Heft von CuS Auszüge aus dieser Sendung, in der auch die Zeitzeugen Herbert Sorgius und Johannes Harder, beide Mitglieder des Bundes der Religiösen Sozialisten, zu Wort kommen werden. Wir danken der Redaktion "Kirche und Gesellschaft" des Süddeutschen Rundfunks, v.a. auch der Autorin Ulrike Baur, für die Nachdruckerlaubnis.

Die Redaktion

"So fuhren wir denn auf die Siedlung "Sannerz" bei Schlüchtern....Meine gespannte Erwartung wurde dadurch etwas herabgemindert, daß sich die Siedlung äußerlich als eine "Villa" entpuppte. Das Ländliche war durch zwei Kühe und eine Ziege dargestellt und einen liebevoll gepflegten Gemüsegarten... Die Atmosphäre im Innern der "Villa" dagegen versetzte mich in ziemliche Erregung. Vieles von dem, worum ich auf dem Lindenhofe vergeblich gerungen hatte, war hier mit müheloser Selbstverständlichkeit erreicht, und obwohl die Liebe und Brüderlichkeit der Siedler untereinander echter gewirkt hätte, wenn sie weniger stark betont gewesen wäre, so war dennoch die gemeinsame Schwingung der Seelen so stark zu spüren, daß ich beglückt davon mitgerissen wurde. Zudem machte Eberhard Arnold, der geistige Mittelpunkt dieser "Gemeinschaft im Sinne des Urchristentums", einen starken Eindruck auf mich."

So beschreibt der Maler Max Schulze-Sölde seine erste Begegnung mit einer kleinen Gruppe christlicher Siedler, die sich erst wenige Monate zuvor, im Herbst 1920, am Rande der Rhön niedergelassen hat. Sie haben den sogenannten "Paul'schen Hof" übernommen: ein Wohnhaus mit 15 Räumen, ein paar Stallungen, eine Obstwiese und einige wenige Hektar Ackerland. Die neuen Pächter sind allesamt Leute aus der Stadt: Der "Kopf" der Gruppe, Eberhard Arnold, ist Theologe und war zuletzt leitender Sekretär bei der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) in Berlin. Er ist mit fünf kleinen Kindern nach Sannerz gezogen und seiner Frau Emmy, die ebenfalls aus Akademikerkreisen stammt. Ein paar Freunde und Verwandte haben sich der Familie angeschlossen, auch Otto Salomon, ein Schriftsteller. Endlich wollen sie in die Tat umsetzen, wofür Eberhard Arnold seit Monaten öffentlich wirbt:

"Wir brauchen ein Lebenszentrum auf dem Lande, in welchem wir wandernden Gruppen eine schöne Bleibe bieten und in welchem wir zugleich einen engeren Zusammenschluß verschiedener Arbeitsgruppen zu produktivem Schaffen und gegenseitigem Güteraustausch herbeiführen. Es handelt sich um eine Lebensgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft, Tischgemeinschaft, Gütergemeinschaft und Glaubensgemeinschaft sein soll... Das Wertvollste an unserem Zusammenleben wird sein, daß wir eine Erziehungsgemeinschaft sind, die durch den gemeinsamen Christusgeist getragen, ohne jeden Zwang und ohne gesetzliche Ordnung, aus einem jeden das herausholt, was aus ihm werden soll und werden kann. Es werden viele Jugendliche bei uns teils dauernd wohnen, teils auf Wochen oder Monate zu Gast sein. Wir werden heranwachsende Kinder bei uns haben und eine neue Art Landerziehungsheim bilden, in welchem es nicht auf ein abzuarbeitendes Pensum ankommt, sondern vielmehr auf die lebendige Einführung in das geistige Erlebnis aller natürlichen, religiösen und kulturellen Zusammenhänge."

Sannerz ist nur eine von über hundert Siedlungsgenossenschaften, die wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg überall in Deutschland wie Pilze aus dem Boden schießen und ebenso schnell wieder zerfallen. Die meisten scheitern an wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Idee, sich in kleinen Güter- und Lebensgemeinschaften zusammenzuschließen, ist nicht neu. Utopische Sozialisten und Sozialreformer wollten die Gesellschaft verändern. Jetzt, nachdem der Krieg und die gescheiterte November-Revolution viele junge Menschen entwurzelt und viele ihrer Hoffnungen begraben hat, entstehen Siedlungen als "Stätten der Lebenserneuerung."

In Worpswede erweitert der Maler Heinrich Vogeler seinen Künstlersitz Barkenhoff zusammen mit Arbeitslosen, ausländischen Kriegsgefangenen und linken politischenFlüchtlingen zur "Arbeitsschule". Arbeiter und Intellektuelle sollen hier gemeinsam lernen, die Spaltung in Hand- und Kopfarbeit zu überwinden. Eine Berliner Wohnkommune des "Wandervogels" gründet bei Donauwörth die ebenfalls kommunistisch orientierte Siedlung Blankenburg. Zwei Darmstädter Lehrerinnen gehören zum Gründerkreis einer "Freien Handwerksgemeinde"; daraus geht später die erste reine Frauensiedlung der Jugendbewegung hervor: "Schwarzerden", mitten in der Rhön, nur wenige Kilometer von Sannerz entfernt.

Maria Hertwig, die in einer norddeutschen Siedlungsgemeinschaft Akademiker, Handwerker und Arbeiter zusammenführen wollte, schreibt später über die Hoffnungen von damals:

"Wer das Christentum ernst nahm, begann sich mit dem Kommunismus zu beschäftigen... Soziale Unterschiede zwischen reich und arm wurden offenbar. Die Sympathie war von vornherein bei den Ärmsten. Wer aus bürgerlich gesichertem Hause kam, wollte etwas gutmachen, was die Väter versäumt hatten... Es sollte endlich für die Sehnsucht der jungen Menschen ein neues Leben beginnen, in dem soziale Gerechtigkeit herrschte, keine Kriege mehr möglich waren und auch keine Standesunterschiede."

URCHRISTLICHER KOMMUNISMUS

Für die Sannerzer Hausgemeinschaft um Eberhard Arnold bedeutet dieses neue Leben ein Leben im Geist der christlichen Urgemeinde, so wie es in der Apostelgeschichte beschrieben wird:

"Die Menge aber der Gläubigen war ein Herz und eine Seele; auch keiner sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemein " (Apg 4,23).

Die Sannerzer Siedler sind davon überzeugt, daß Heiliger Geist sie zusammengeführt hat. Sie sehen die Endzeit nahe und sich berufen, Gottes Reich entgegenzuarbeiten. Davon zeugen viele Reden und Aufsätze von Eberhard Arnold und die Texte der Lieder, die abends in der Hausgemeinschaft gesungen werden.

Auf, laßt uns Zion bauen
mit fröhlichem Vertrauen
im Namen Jesu Christ!
Zion muß größer werden,
so groß, daß auf der Erden
kein Mensch mehr außer Zion ist.

Auf, laßt uns Zion bauen
mit fröhlichem Vertrauen,
die heil'ge Gottesstadt!
Wenn wir ans Werk erst gehen,
wird sie bald fertig stehen.
Wohl dem, der mitgebauet hat!

Eberhard Arnold, 1883 geboren und als Sohn eines Professors für Kirchengeschichte in Breslau aufgewachsen, kommt früh in Kontakt mit der Erweckungsbewegung. Mit sechzehn besucht er einen Onkel in Berlin-Lichtenrade, der evangelischer Pastor ist und enge Beziehungen zur Heilsarmee pflegt. Der Gedanke, das eigene Leben ganz in den Dienst der Armen und Gescheiterten zu stellen, läßt den Jungen seitdem nicht mehr los. Er tritt als Missionar bei Versammlungen der Heilsarmee in seiner Heimatstadt auf, sehr zum Entsetzen des Vaters, der ihn zum Medizinstudium nach Halle schickt.

Halle, einst Zentrum des preußischen Pietismus, steht zu dieser Zeit ganz im Zeichen der Erweckungsbewegung. Bekannte Evangelisten, fast ausschließlich Laien, ziehen von Versammlung zu Versammlung.

Auch Emmy von Hollander, Eberhards spätere Frau, folgt den Einladungen.

Man sagte: "Ganz Halle steht Kopf!" Leute wurden auf der Straße angeredet, was sie von diesen Vorträgen hielten...
Mit scharfen Worten wurde gesprochen: "Tut Buße! Das Reich Gottes naht!" ... Leute aus allen Kreisen schlossen sich dieser Bewegung an.
In Halle waren es damals besonders solche aus akademischen oder den sogenannten besseren Kreisen.

Auf einer dieser Versammlungen lernt Emmy von Hollander Eberhard Arnold kennen, der inzwischen Philosophie und Theologie studiert. Schon drei Wochen später verloben sich die beiden. Da Arnold nicht in den Pfarrdienst eintreten will, wird er auch nicht zum theologischen Examen zugelassen. Mit seiner Dissertation muß er in den Fachbereich Philosophie ausweichen. Thema: Urchristliches und Antichristliches im Werdegang Friedrich Nietzsches. Gegen den Willen beider Eltern heiraten Emmy und Eberhard gleich nach dessen Promotion.
Über seinen Schulfreund Friedrich Siegmund-Schultze, den späteren Mitbegründer des "Internationalen Versöhnungsbundes" und des "Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen", kommt Arnold bald

darauf nach Berlin. Er zeigt sich beeindruckt von der internationalen Friedensarbeit seiner Freunde. Im Ersten Weltkrieg lernt er als Studentenseelsorger das Elend in den Lazaretten kennen. 1915 wird er Herausgeber der "Furche", einer neuen Monatszeitschrift der DCSV. Vorsichtig versucht er, deren deutschnationalem Kurs entgegenzusteuern.

Auf der Suche nach neuen Lebensperspektiven stößt Eberhard Arnold auf die Schriften des Anarchisten Gustav Landauer. Besonders in dessen "Aufruf zum Sozialismus", der dazu auffordert, in kleinen Kommunen lebendige Zeichen eines besseren, gerechteren Lebens zu setzen, entdeckt Arnold verblüffende Übereinstimmungen mit seinen eigenen, zutiefst religiös genährten Zukunftsvorstellungen:

"Nirgends ist in einer zunächst als außerchristlich erscheinenden Bewegung so viel von Geist die Rede, nirgends ist sonst so stark das Leben als Schaffen des Kommenden bezeugt worden, wie bei dieser Gruppe der kommunistischen Anarchisten... Diese Revolutionäre eines neuen Aufbaues sehen es richtig, daß uns bisher nichts mehr gefehlt hat als ein solcher Geist der Gemeinschaft, der eben so sehr soziale Einheit wie geistige Unabhängigkeit verbürgt."

In einem Netz von sogenannten "Bünden der Freiwilligkeit" sieht Arnold nicht nur eine Lebensform für Minderheiten, sondern die Zukunft der gesamten Gesellschaft:

"Derartige Bündnisse jener kleinen Gemeinden einzelner Menschen sollen wiederum größere Zusammenschlüsse und Vereinigungen bilden. In verschärfter Zuspitzung kommt schließlich ein Bund der Bünde zustande, der sich über die ganze Welt erstreckt... Der Geist wird hier eben so sehr als Gegensatz zum kapitalistischen Mammonismus wie als Gegensatz zur ökonomischen Geschichtsauffassung der Sozialdemokraten und des marxistischen Zukunftsstaates erlebt."

DIE BERGPREDIGT ALS PROGRAMM

Ein Text rückt immer stärker in den Mittelpunkt der Vorträge, die Eberhard Arnold auf zahlreichen Treffen der Freideutschen Jugend und der Christlichen Studentenvereinigung hält:
Die Bergpredigt.

1919 spricht Arnold als Reisesekretär der DCSV bei deren Pfingst-Konferenz in Marburg. Viele, die sich später der Sannerzer Gemeinschaft und anderen Siedlungen anschließen, erhalten hier den entscheidenden Anstoß:

"Eberhard Anrold legte uns damals die Bergpredigt aus. Er predigte gewaltig und nicht wie die Schriftgelehrten. Das kann man wohl sagen. Geistgeladen und vollmächtig zerschlug er alle Verkrustungen, die uns

den Blick auf die Radikalität des Jesus von Nazareth verwehrt hatten... und er ließ uns zum ersten Mal etwas ahnen von der Sprengkraft der gewaltlosen Liebe, die Jahrzehnte später im politischen Raum geschichtsträchtig wurde, in Gandhis indischem Freiheitskampf... Es war eine geschichtliche Stunde auf dem Marburger Frauentag 1919. Deutsche Jugendbewegung stieß vor zu den Kräften des Urchristentums."

In der Berliner Wohnung von Eberhard und Emmy Arnold treffen sich zu dieser Zeit jede Woche 8O bis 1OO Leute bei sogenannten "Offenen Abenden." Emmy Arnold schreibt später über diese Zusammenkünfte:

"Da kamen Jugendbewegte aller Art, Proletarier... christliche Jugend... Anarchisten, Atheisten, Quäker, Baptisten, Künstler und auch Vertreter aus den vormaligen Erweckungskreisen...
Wir saßen oft bis nach Mitternacht zusammen, bis wir nach manchem langen Ringen ein helfendes Wort bekamen. Leute wie Tolstoi und Dostojewski sprachen durch ihre Schriften zu uns."

Doch die Leute, die sich bei Arnolds treffen, wollen kein Theoriezirkel werden. Im Mittelpunkt ihrer Diskussionen steht die Frage, wie man im Geist der Bergpredigt leben kann.

"Viele Möglichkeiten wurden diskutiert. Einrichtung von Volkshochschulen und Siedlungen aller Art. Eberhard und ich hatten damals den Gedanken, uns einen oder mehrere Zigeunerwagen zu kaufen und so mit unserer Familie und denen, die sich uns anschließen wollten,von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt zu fahren. Wir wollten musizieren, wollten Freude und Hilfe bringen und unsere Kinder dabei unterrichten. Ohne bestimmtes Ziel wollten wir so lange an einem Ort bleiben, wie unsere Hilfe bei Witwen, Kindern und Kranken und zum Aufbau zerstörter Häuser nötig wäre und angenommen würde. Dieser Gedanke fand manchen Anklang."

Doch das bleiben Gedankenspiele. Gesucht wird schließlich ein Platz, wo sich die Gruppe auf Dauer niederlassen kann. Eberhard Arnold erinnert sich an Bekannte in dem hessischen Städtchen Schlüchtern.

"In Schlüchtern gibt es schon eine Siedlung von jungen Freideutschen: Den Habertshof. Und dort erscheint auch das Wochenblatt "Der Christliche Demokrat". Herausgeber sind der Volksschullehrer Georg Flemmig und der Pfarrer Otto Herpel. Die Zeitung entwickelt sich immer mehr zum Sprachrohr kirchenkritischer, religiös-sozialer Kreise. Flemmig trifft sich in seinem Lehrerstübchen mit Theologen wie Paul Tillich und Karl Barth, auch Martin Buber ist bei ihm zu Gast. Im Freundeskreis der "Christlichen Demokraten" finden sich viele Sozialisten zusammen, die einen Neuaufbau der Kirche mit Hilfe der Arbeiterbewegung fordern. Obwohl Eberhard Arnold sich weder als Kirchenreformer noch als Sozialist begreift, fühlt er sich von diesem Kreis angezogen."

"URGEMEINDE" IN SANNERZ

Die Arnolds sind nun entschlossen, hier zu siedeln. Eberhard Arnold durchstreift die Rhön, macht sich auf die Suche nach einem geeigneten Gehöft. Nicht nur die gegenwärtige Aufbruchstimmung begeistert ihn, auch die Geschichte dieses Landstrichs erscheint ihm geradezu als Verpflichtung, an diesem Ort christliche Urgemeinde zu verwirklichen. Nach einem seiner Erkundungsgänge in Begleitung von Otto Herpel schreibt Arnold an Freunde:

"Am Montag wanderten wir... von Büdingen nach Herrenhaag. Unterwegs erzählten wir uns von der wunderbaren mystischen Linie, die durch die Jahrhunderte hindurch dieses Stückchen Land unter den besonderen Einfluß Gottes gestellt hat... Im 13. Jahrhundert war der Herrenhaag durch Zisterzienser besiedelt, später durch Inspirierte, Täufer und Sektierer aller Art. 1736 ließ sich Graf Zinzendorf, aus Herrnhut verbannt, mit seiner wandernden "Pilgergemeinde" auf der Ronneburg und auf dem Herrenhaag nieder. Fünfzehn Jahre lang erstrahlte der Herrenhaager Berg in den häufigen Illuminationsfesten der enthusiastischen, lebensbejahenden Epoche der Brüdergemeinde... Ihnen war das Leben der Christen ein Fest. Auch wir wollen Freudengemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft. Handelt es sich doch darum, daß unsere religiös-soziale Bewegung und unsere frei von Christus bewegte Jugend auf gemeinsame Arbeit und Siedlungsgemeinschaft hindrängt."

Mit Frau, Kindern und einer Handvoll Freunden siedelt er nach Sannerz über, ohne eine feste Bleibe gefunden zu haben und ohne Geld. Für den ersten Sommer bietet der Dorfwirt Unterschlupf in einem Hinterhaus, das normalerweise als Lagerraum und Werkstatt genutzt wird. Schließlich stiftet ein wohlhabender Freund, ein Hamburger Reeder, 3O.OOO Mark. Die Summe reicht aus, um den Paulschen Hof zu pachten und herzurichten. Andere, die, wenn auch oft nur für wenige Monate, in die Sannerzer Hausgemeinschaft einziehen, bringen etwas Vermögen mit. Es sind eher Leute aus gutbürgerlichen Kreisen, die Eberhard Arnold am Anfang um sich schart.

(wird fortgesetzt)

Zu Hans Meier

"ERINNERUNGEN EINES BRUDERHÖFERS IN CUS 1 BIS 4/83"

Hans Meier, der nach dem Tod Eberhard Arnolds im Jahre 1935 dem Rhönbruderhof vorstand und heute in der Brüdergemeinschaft Norfolk (USA) lebt, hat in allen vier Ausgaben des Jahres 1983 einen Teil seiner Erinnerungen veröffentlicht. Wir denken, daß unsere Leser einen lebendigen Eindruck aus der bedrängten Zeit zwischen 1933 und 1937, dem Jahr der Auflösung des Rhönbruderhofes, der Inhaftierung, Freilassung und erfolgreichen Auswanderung einiger Brüderhöfler nach England, gewonnen haben. - Horst Gerlach, der sich als Historiker an der Mennonitischen Forschungsstelle Weierhof (Pfalz) mit Hutterern und Bruderhöfern beschäftigt, möchte mit seinem Beitrag den Bericht Hans Meiers und die "Idealisierungen" im Zusammenhang mit der Auflösung des Rhönbruderhofs (s.CuS 4/83, S. 34 ff.) korrigieren.

Die Redaktion

Als Vorläufer des Rhönbruderhofes wurde von dem Theologen Dr. Eberhard Arnold (geb. 1883 in Königsberg, gest. 1935 in Darmstadt) 1920 in dem Dorfe Sannerz im Kreise Schlüchtern (Hessen) rund 400 Jahre nach der Entstehung der ersten Huttersiedlung in Mähren und in ihrem Geiste eine Siedlung mit urchristlichem Lebensanspruch begonnen. Der Versuch scheiterte. Aber im November 1926 kam es durch den Zusammenschluß mehrerer Familien zur Gründung des Rhönbruderhofes bei Fulda. Man erwarb den "Sparhof" mit insgesamt 39 ha Land. 1931 lebten dort schon 100 Personen. Durch weiteren Landerwerb stieg die Hektarzahl bis 1934 auf 67 an und in den schlichten, z.T. umgebauten Gebäuden lebte eine fluktuierende internationale Gruppe von etwa 140 Personen. (1)
Eberhard Arnolds Vater stammte aus Williamsfield/Ohio und war Professor für Kirchengeschichte in Breslau. Seine Mutter war eine geborene Voigt. Der begabte und schreibgewandte Theologe stieß im 1. Weltkrieg auf Täuferliteratur und auf Christoph Blumhardt (Vater und Sohn). Durch diese und andere Begegnungen und angeregt durch die Bergpredigt hatte er seine christliche Gemeinschaft im Sinne der Täufer in Sannerz begonnen. 1928 kam er in Kontakt mit den Hutterern in Nordamerika und besuchte sie dort 1930/31 und wurde von dem Ältesten Elias Walter am 20. März 1931 in die hutterische Gemeinschaft aufgenommen. Seine Versuche, in der Weimarer Zeit in die deutsche Mennonitenschaft inkorporiert zu werden, scheiterten aus verschiedenen Gründen, wiewohl man ihn in der mennonitischen Presse sein Anliegen darstellen ließ. (2)

Ein Grund für das Scheitern der Einigung mag in der unterschiedlichen Interpretation ethischer Grundsätze zu suchen sein. Möglicherweise befürchteten die deutsche Mennoniten in einer ökonomisch schwierigen Zeit auch auf sie zukommende Belastungen. Dennoch hielten sich einige Mennoniten für kürzere oder längere Zeiträume unter ihnen auf.

Die Leute vom Rhönbruderhof betrieben neben der Landwirtschaft und Gärtnerei auch einen Buchverlag, eine Buchbinderei und eine Buchdruckerei. 1934 wurde im Fürstentum Liechtenstein der Almbruderhof, 1936 in Wiltshire bei Ashton Keynes und 1939 in Cotswold und Oaksey (England) zwei weitere Bruderhöfe gegründet, die alle aus dem Rhönbruderhof hervorgingen. Es folgten weitere Teilauswanderungen von England nach Paraguay (1941). Die Zurückgebliebenen zogen in die Grafschaft Shropshire. Es gab auch ein Bruderhofhaus in Asuncion (Uruguay). Die Bruderhöfe in Paraguay hatten auch viele wirtschaftliche Nöte und wurden von ihren (alt)-hutterischen Glaubensgeschwistern in Nordamerika unterstützt. Sie konnten sich aber in Südamerika nicht halten und wanderten z. T. nach Deutschland (1956: Sinntalbruderhof bei Bad Brückenau/Rhön) und nach Woodcrest, Riften (New York) ab. Wie der Verfasser sich erinnert, traten sie damals vom Sinntalbruderhof aus auch an die deutschen Mennonitengemeinden mit Bitten um Möbel- und andere Spenden heran. 1956 gehörten ca. 1 100 Menschen zu den "Arnold-Leit". (3)

Erst die Gründung von Handwerksbetrieben in den USA, England und Deutschland scheint die "Arnold-Leit" auf eine solidere ökonomische Basis gestellt zu haben.
Aber kommen wir zurück zum Rhönbruderhof. Vergleicht man den Neudorferhof (4) mit rund 30 Personen, von denen die Mitarbeitenden über Generationen die Landwirtschaft erlernt und mit Erfolg betrieben hatten, mit dem stark überschuldeten Rhönbruderhof mit 140 Personen, die teilweise in der Landwirtschaft sehr unerfahren waren (plus einer nicht unerheblichen Gästezahl), die überwiegend von 67 ha leben sollten, dann ist abzusehen, warum die Sache vom ökonomischen Standpunkt zum Scheitern verurteilt war. Dafür konnten auch andere, wenig lukrative Unternehmen, wie das Verlagswesen, nicht in die Bresche springen.

Der Rhönbruderhof geriet 1937 durch die Auflösung seitens der NS-Behörden in die Schlagzeilen der Auslandspresse und hat auch seitdem die Mennonitenschaft viel beschäftigt. (5) Es ist heute schwer, in Darstellung und Gegendarstellung wegen des Ablebens eines Teils der Zeugen, die sich dann nicht mehr verteidigen können, der Vernichtung von wertvollen Quellen im und nach dem 2. Weltkrieg die historisch angemessene Beurteilung zu finden. Der mennonitische Älteste und Gutsbesitzer Michael Horsch (+ 1949), Hollmannsberg bei Ingolstadt (Bayern), hat 1937 im Auftrag amerikanischer Mennoniten Besuche auf dem Alm- und Rhönbruderhof gemacht und kam in einer langen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß der Hof schon vor der Machtergreifung mit 123 994 Mark an Schulden und einen Verkaufswert von maximal 40 000 Mark - immer vorausge-

setzt, man findet einen Käufer, zu stark in den roten Zahlen steckte und der Vorbesitzer wegen anstehender Zahlungen den "Neuwerk Bruderhof", der als solcher noch nicht in das Grundbuch eingetragen war, auf Zahlung oder Rückgabe verklagt hatte. Es sei auch kein Wehrpflichtiger, der sich bei der Einberufung nicht gestellt hatte, weder verhaftet, noch bei der Auswanderung zurückgehalten worden. (6) Der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Mennonitengemeinden, Pastor Lic. theol. Emil Händiges, bezifferte die Schulden in einem Brief an Pfarrer Neff (Weierhof) vom 1. Oktober 1937 mit 112 795 Mark (7). Man wird unter diesen Umständen die späte und auch einseitige Antwort von Bruderhofmitglied Hans Meier (8): "Der Wert des Bruderhofes war immer weit höher als die Schulden", schwer verstehen können. Natürlich läßt sich - besonders im Ausland - eine Verfolgung durch die Behörden des "Dritten Reiches" immer besser verkaufen als das Eingeständnis eigener wirtschaftlicher Fehlleistungen. - Dennoch kann man davon ausgehen, daß die Schrift von Meier eine Reihe von neuen Quellen erschließt.

Meier hat es aber unerwähnt gelassen, daß der Rhönbruderhof tatsächlich schlecht gewirtschaftet hat. Und nach einer mündlichen Auskunft des Landratsamtes Fulda vom 15. Januar 1980 sei eines der auslösenden Elemente für die Auflösung des Bruderhofes eine falsche Darlehnsverwendung gewesen. "Sie (die Bruderhöfer) hielten sich nicht an die Vorschriften. Sie verstanden wenig von der Landwirtschaft. Den Bauern und anderen Leuten, die vorbeikamen, fiel auf, daß sie, statt zu arbeiten, auf den Feldern saßen und sangen, während das Unkraut wuchs!" Ferner wurde schriftlich mitgeteilt,daß Hans Meier in seinem oben zitierten Aufsatz die wirtschaftliche Lage zu positiv dargestellt habe, andererseits sei es unzutreffend, wenn von 120 000 Mark Schulden gesprochen werde. "Immerhin hat sich die finanzielle Abwicklung bis 1941 hingezogen, wobei aus den Unterlagen keine unrechtmäßigen Handlungen von behördlichen Stellen erkennbar sind". (9)

Wir können aus Platzmangel hier nicht den ganzen Problemkreis um den Rhönbruderhof behandeln. Immerhin lagern in der Mennonitischen Forschungsstelle Weierhof an Akten und gedrucktem Material gut 200 - 300 Seiten. Fest steht aber auf alle Fälle, daß die Pfälzer Mennoniten - und wohl auch andere Gemeinden - den Bruderhöfen in der wirtschaftlichen Not ihre Hilfe angedeihen ließen. Dies geht aus einem Schreiben von Hans Meier hervor, der nach dem Tode von Eberhard Arnold dem Bruderhof vorstand. Am 20. Mai 1936 schrieb er an Christian Galle von der Mennonitengemeinde Weierhof und bedankte sich für eine Waggonladung gestifteter Kartoffeln. Ein ähnlicher Dankesbrief wurde am 17. Juni 1936 von der Küchenschwester des Rhönbruderhofes, Martha Kleine, abgeschickt. Der Brief ist von Hans Meier mitunterzeichnet. In dem ersten Brief heißt es: "In großer Dankbarkeit und freudigem Jubel haben wir am letzten Sonnabend die Kartoffeln auf unseren Pferdefuhrwerken vom Bahnhof auf unseren Hof gefahren, wo sie von der ganzen Hausgemeinschaft mit Begeisterung empfangen wurden. Sie kamen im letzten

Augenblick an, da die Kartoffelvorräte am Freitag Abend bis auf das letzte Stück verbraucht worden waren. So kam Eure Hilfe in letzter Not, wofür wir Gott und Euch von Herzen danken." (10)

Ein älteres Gemeindeglied auf dem Weierhof erinnert sich noch dunkel an jene Sammlung, die Christian Galle in die Hände nahm. Er meint aber, daß es ein nasses Jahr gewesen sei und es habe nicht soviel Kartoffeln wie sonst gegeben. - Jedenfals kann man nicht von einer gutgehenden Wirtschaft sprechen, wenn es in der Landwirtschaft am Grundnahrungsmittel Kartoffel gebricht und, daß in der Zeit des Dritten Reiches - wie jeder Zeitgenosse, der sie erlebt hat, weiß - die Landwirtschaft besonders gefördert wurde. Auch der Neugründung des Sinntalbruderhofes bei Bad Brückenau in den fünfziger Jahren aus Paraguay-Rückwanderern ist keine lange Dauer beschieden. Er wurde nach 10 Jahren aufgelöst.

Damit erlischt das hutterische Zeugnis auf dem europäischen Festlandssockel, existiert aber auf einigen Höfen in England und besonders in Nordamerika weiter und hat in den letzten Jahren große Beachtung gefunden.

Horst Gerlach, Weierhof

Anmerkungen:

(1) E berhard Arnold (Sohn) in "Menn. Encyclopedia" IV, Hillsboro und Newton (Kansas), Scottdale (Penna.), 2. verb. Auflage 1973, S. 322f. Die Hektarzahl wird in Menn. Lexikon und bei Michael Horsch (s.u.) leicht unterschiedlich angegeben.

(2) Biogr. Abriss und Literaturangaben von seinem Sohn Eberhard Arnold in "Menn. Encyclopedia" I, 2. Aufl. 1969, S. 162-164. Es bestanden neben der Eigentumsfrage z.B. auch unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Waffendienstes, wobei die Neu-Hutterer eher die traditionell strengere Haltung eines Teiles des reformatorischen Täufertums einnahmen, während die Mennoniten im Deutschen Reich zu einer offenen bis bejahenden Haltung zum Waffendienst neigten. So schrieb Pastor Emil Händiges (Elbing/Ostpr.), der gleichzeitig auch als Schriftleiter der "Menn. Blätter" und Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden fungierte (zur Vereinigung gehörte wiederum nicht der 'Verband', dem Michael Horsch angehörte), an Pfarrer Christian Neff am 20. Juli 1933: "In der Frage der Wehrlosigkeit oder Preisgabe derselben, herrscht in unserer Gemeinschaft,wie es (auf der Konferenz) in Kalthof (bei Marienburg) und auch in schriftlichen Äusserungen (vgl. "Menn. Blätter" 1933, Nr. 7/8, S. 76/77) zum Ausdruck kam, eine unterschiedliche Auffassung. Von vielen wird verlangt, daß wir uns zum mindesten schützend vor diejenigen Gemeindeglieder stellen, die um

des Gewissens willen den Waffendienst nicht leisten können".

(3) Crous, Artikel "Rhönbruderhof" in "Menn. Lexikon" III, S. 498. Einige Angaben zum "Sinntalbruderhof" in "Menn. Encyclopedia" III, S. 534 und in der Zeitschrift "Der Pflug" ("The Plough"), die dort erschien.

(4) Die Mennonitengemeinde Neudorferhof (Pfalz) ist aus der um etwa 1700 entstandenen Gemeinde Rheingrafenstein hervorgegangen. Die "Vereinigten Gutsbetriebe Neudorferhof" schlossen sich 1923 zusammen unter Beibehaltung des Privatbesitzes der einzelnen Familien.

(5) Neben den Literaturangaben bei Crous (s.o.) auch verhandelt auf der Vorstandssitzung der Deutschen Mennonitengemeinden am 11. Juni 1937 in Berlin (Menn. Forschungsstelle Weierhof, Ordner 28) und am 2. Juli 1938 in Regensburg (siehe Protokoll in Menn. Forschungsstelle). Bei dieser Sitzung waren auch Vertreter der Geheimen Staatspolizei zugegen. Man sieht daran wohl, daß auch die deutschen Mennoniten nicht alles sagen, schreiben und tun durften, was sie wollten. Dieser äußere Druck erklärt auch wohl einige Formulierungen bei Horsch, der bei der Sitzung (wiewohl nicht Mitglied) anwesend war. - Prof. Benjamin Unruh äußerte sich in einem Brief an die Niederländer Dr. S. H. N. Gorter und Direktor G. S. Altmann in Rotterdam vom 4. Dezember 1938 (Menn. Forschungsstelle, Ordner 27) daß "die Angelegenheit der Bruderhöfer ... viel zu lärmend behandelt (wurde). Zumpe (ein Bruderhöfer) hat sich hier unmöglich gemacht. Ält(ester) Horsch wollte alles in der Broschüre aufdecken - er wurde von Amerika gebeten, es nicht zu tun. .. Er ist oft eigenwillig, aber doch für ein gutes brüderliches Wort zugänglich. Diese Sache hat auch meiner Arbeit geschadet, trotzdem ich den Bruderhöfern nichts als Gutes erwiesen habe. Zumpes Auftreten auf der Konferenz (in Elspet, Niederlande 1936) hat uns allen sehr schlecht gefallen. Er ist ein Heuchler! Und nun schickt dieser Mann hierher auch noch Aufrufe!"

(6) Michael Horsch, Die Auflösung des Eingetragenen Vereins "Neuwerk Bruderhof" Post Neuhof, Krs. Fulda, Hellmannsberg 1937. Weitere Darstellung zur Auflösung des Rhönbruderhofes von Rechtsanwalt Dr. O. Eisenberg in "Der Pflug", Sinntalhof, Bad Brückenau, Jg. IV, 1957, S. 7 - 9, über "Die Beendigung eines zehnjährigen Kampfes um die Rückerstattung des Rhönbruderhofes im Frühjahr 1957" eben da von Hans Zumpe, S. 9 - 11 und der Reisebericht des hutterischen Ältesten David Hofer, der bei der Auflösung zusammen mit Michael Waldner von Nordamerika nach Deutschland gekommen war und die bei der Auflösung zufällig dabei waren. Daselbst S. 11 - 14.

(7) Menn. Forschungsstelle, Neff-Korrespondenz Jg. 1937. "Die Auflösung des Neuhutterischen Rhön-Bruderhofes in Deutschl."

(8) In "Menn. Geschichtsblätter" Jg. 36, NF 31, 1979, S. 49 - 56. (Als Berichtigung der Schrift von Michael Horsch gedacht, s.Anm.6)

(9) Landkreis Fulda, Kreisausschuß, Az. K I/6 360 - 230 vom 10. Jan. 1980.

(10) Menn. Forschungsstelle, Neff-Korrespondenz Jg. 1936. Dort auch Briefe von Abraham Braun zu diesem Thema.

(11) Paul Michel, a. a. O. S. 28.

(12) Horst Gerlach, "Als William Penn im Alzeyer Land weilte", in: " Allgemeine Zeitung, Alzeyer Anzeiger", 3. August 1976, S. 9.

(13) Vgl. Horst Gerlach "Zwei Hutterer auf den Spuren ihrer Väter", in: Die Rheinpfalz, Kirchheimbolander Rundschau, 16. Juli 1968.

(14) Brief der Stadt Bad Brückenau 21. Okt. 1981.

Zu Helmut Gollwitzer

LUTHERS "NEIN OHNE JEDES JA" IN CUS 1/84

Den Inhalten, die H. Gollwitzer in seinem Artikel "Luthers 'Nein ohne jedes Ja'" vertritt, muß ich als Religiöse Sozialistin entschieden widersprechen. Außer mit dem für Christ/inn/en und Sozialist/inn/en m.E. verpflichtenden Nein zu Massenvernichtungswaffen kann ich mich mit den Anschauungen H. Gollwitzers nicht einverstanden erklären. Meine Hauptkritikpunkte sind:

Die Trennung, die Luther zwischen weltlichem Wohl und endzeitlichem Heil der Menschen vollzieht, akzeptiert H. Gollwitzer offensichtlich prinzipiell, wenn er auch Luther darin folgt, ein/e Christ/in müsse sich für beide Ziele engagieren (S. 7 - 9). Dagegen kann man eine solche Unterscheidung von Wohl und Heil in der messianischen Armenbewegung um Jesus von Nazareth, die m. E. allein Maßstab unseres nachfolgenden Glaubens sein kann, nicht nachweisen. Im Gegenteil wird dort die gesellschaftliche Situation des Menschen ausdrücklich auf seine endzeitliche Rettung bezogen (Lukas-Evangelium 6,20; Matthäus-Evangelium 11,2-5). Daraus folgt, daß es ebensowenig zwei verschiedene Arten christlichen Verhaltens geben kann, wie H. Gollwitzer meint: "Ausbreitung der Botschaft Jesu Christi" und Politik (S. 9). Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Jesus die "Politik" als eigenständige Größe anerkannt habe. Er und seine späteren Nachfolger/innen lebten ihre Predigt und stießen genau deswegen mit politischen (und religiösen) Institutionen zusammen. D.h. in der Nachfolge Jesu ist die Predigt der Gottesherrschaft ohne die dazu-

gehörende Praxis nicht denkbar. Beides zusammen jedoch ist gesellschaftliches Handeln, also Politik.

Für die Lehre Luthers, die H. Gollwitzer bejaht, Staat, Recht und Ehe seien Institutionen Gottes in der Welt (S. 8), bietet die Jesusbewegung auch keine Belege (wenn man nicht die Scheidungsfrage, Markus-Evangelium 10, 2 - 12, auf Jesus zurückführen will). Im Gegenteil kann man eine Neigung Jesu ins Anarchische feststellen (Lukas-Evangelium 22, 24 - 27). Nirgends jedoch wird die Gottesherrschaft in positive Verbindung mit dem Staat (Markus-Evangelium 12, 13 - 17), der Wille Gottes mit dem Recht gebracht.

Außerdem wird H. Gollwitzers Auffassung, daß demokratische Grundrechte "durch das Recht geschützt werden, durch Sätze, durch Gerichte, durch Polizei" (S. 9), von jeder Analyse widerlegt, die den formaldemokratischen Staat als Klassenstaat, seine Institutionen als Instrumente der Herrschenden beschreibt.

Daß Kirche die "Gemeinschaft der politisch verschieden Denkenden" (S.7) sei, halte ich ebenfalls für falsch. Die Institution Kirche ist spätestens seit 325 (Konzil von Nizäa auf Einberufung Kaiser Konstantins) die Kirche der Herrschenden. Seit damals werden gegen politische Dissidenten kirchliche Machtmittel angewendet (man denke nur an Verfolgung oder Absorption der Armutsbewegungen oder die Maßregelung sozialistischer Pfarrer).

Anders als H. Gollwitzer bin ich der Meinung, daß die Bibel uns über die "Sanierung der Rentenversicherung" (S. 10) genau so viel oder so wenig sagt wie über Atomwaffen. Schließlich ist im Kanon christlicher Schriften, im sogenannten Neuen Testament, die Verteilung von Besitz ein ebensolches Zentralthema (Lukas-Evangelium, Apostelgeschichte, Jakobusbrief) wie das Friedenschaffen.

Ebensowenig halte ich Luthers Lehre über Kriege, der H. Gollwitzer offensichtlich zustimmt, für christlich begründbar, nur weil man daraus ein Nein zu Massenvernichtungswaffen ableiten zu können meint. Denn mit eben dieser Lehre hat Luther das Gemetzel an den "räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" 1525 gerechtfertigt. Daß die Niederschlagung des Bauernaufstands durch die Fürsten ein "reiner Verteidigungskrieg" (S. 11), nämlich des ökonomischen und herrschaftlichen Systems war und das formale Recht auf seiner Seite hatte, wird schwer zu bestreiten sein, ebenso schwer wird jedoch auch, daß die Feudalherren die bäuerliche Bevölkerung bedrohten, nämlich in ihrer Existenz.

Zu H. Gollwitzers Bezeichnung Jesu als "Strategie Gottes" (S. 8) ausgerechnet in einer Predigt gegen Atomwaffen kann ich nur sagen: entwaffnet eure Sprache und Theologie.

Mit meiner Kritik an den von H. Gollwitzer vertretenen Inhalten stehe ich meiner Kenntnis nach in guter religiös-sozialistischer Tradition.

Ob Ihr, die Redaktion von CuS, mit dem Abdruck dieser Predigt die drei Ziele, die Ihr auf S. 13 nennt, erreicht habt, erscheint mir fraglich. Eine christliche und/ oder sozialistische Begründung für die Ablehnung von Massenvernichtungswaffen müssen m.E. ganz anders klingen, wenn sie mehr als die Verteidigung der Theologie Luthers sein will.

Martina Ludwig, Bonn

Zum Leserbrief von Martina Ludwig:

Mit Martina Ludwigs letztem Satz bin ich ganz einverstanden:
Es muß sich heute, wenn an Luther erinnert wird, wahrhaftig um "mehr als die Verteidigung der Theologie Luthers" handeln. Der Rückblick auf Luther im Luther-Jahr 1983 hatte, soweit ich beobachten konnte, in Bezug auf Luthers Stellung zu den Juden, zu den Bauern und zum Krieg überall auch kritische Töne, m. E. aber nicht genug. An anderer Stelle habe ich mein kritisches Verhältnis zur Theologie Luthers, von der ich dankbar auch vieles gelernt habe, ausgesprochen. In diesem Vortrag ging es aber darum nachzuweisen, daß diejenigen Unrecht haben, die mit Berufung auf Luthers Äußerungen über Staat und Krieg heute das "Nein ohne jedes Ja" zu den Massenvernichtungswaffen unterlassen. Nicht einmal Luther hätte heute dieses Nein nicht aussprechen können, er hätte es vielmehr, wenn er seinem Grundgedanken über den Krieg treu geblieben wäre, aussprechen müssen, und ebenso müssen es heute die lutherischen Kirchen tun, wie es einige lutherische Kirchen in den USA jetzt erkannt haben. Das war die These meines Vortrages, und dies auszuführen, halte ich in unserer heutigen kirchlichen Landschaft in Deutschland angesichts der großen Autorität, die Luthers Worte immer noch besitzen, für nützlich.

Von daher halte ich einiges in dem Leserbrief für korrekturbedürftig. Luther hat keine Trennung zwischen weltlichem Wohl und endzeitlichem Heil der Menschen vollzogen, aber er hat das unterschieden, wie es ja wohl zu unterscheiden ist. Daß Jesu Botschaft und Praxis gesellschaftliche und politische Konsequenzen hat, haben die Religiösen Sozialisten besser als viele andere erkannt und dafür trete ich in meiner ganzen theologischen Arbeit ein. Das hebt aber die Unterscheidung zwischen irdischem Wohl und ewigem Heil nicht auf. Denn es ist nach Jesu Worten besser für einen Menschen, wenn er um des Evangeliums, also um des ewigen Heils willen, sein Leben verliert, als wenn er die ganze Welt gewönne. So hat denn auch Luther - das halte ich für etwas sehr Positives bei ihm - jene Unterscheidung nicht vollzogen, um die Christen desinteressiert am irdischen Wohl und an den dafür dienlichen Einrichtungen zu machen, sondern sie verantwortlich dafür zu machen und zur Mitarbeit zu verpflichten und dies gerade dadurch, daß er auch die irdischen Einrichtungen zur Erhaltung des zwischenmenschlichen Rechtes in die

"Strategie" Gottes einbezog. (Militärische Ausdrücke zur Beschreibung der Lebenshaltung der Christen hat bekanntlich auch Paulus nicht verschmäht und ich empfehle, in dieser Hinsicht kein Sprachverbot aufzurichten!)

Was den Staat anlangt, so hilft uns die Bemerkung von Martina Ludwig, von Jesus werde "nirgends die Gottesherrschaft in positiver Verbindung mit dem Staat" und "der Wille Gottes mit dem Recht gebracht", gerade dann in keiner Weise weiter, wenn wir darin einig sind, daß Jesu Ruf in die Nachfolge seine Jünger auch für das irdische Wohl ihrer Mitmenschen verantwortlich macht. Denn wie sehr man auch Jesu Herrschaftskritik (Luk. 22, 24 - 27) als eine "Neigung Jesu ins Anarchische" bezeichnen mag und wie sehr auch ich den Anarchismus für einen edlen und ja nicht zu schmähenden Traum halte, dessen Realisierung vielleicht sogar einmal noch vor dem endgültigen Anbruch des Gottesreiches in einer (möglichst) herrschaftsfreien Gesellschaft möglich sein kann, so wenig kann in der Welt, in der wir leben und das bei den Menschen, wie sie - sicher auch infolge der Klassengesellschaft - sind, auf Institutionen des Rechtes verzichtet werden. Zur Erhaltung des Rechtes zwischen Menschen, die keine Engel sind und zum Schutz des Schwächeren vor dem Stärkeren ist aber, wie die Barmer Erklärung von 1934 m. E. unbestreitbar sagt, die Androhung und Anwendung von Gewalt nötig und dies muß jedem Staat als das entscheidende Kriterium seiner Gewaltausübung von der Kirche unerbittlich vorgehalten werden. Um die Erhaltung und um die Verbesserung von Rechtsinstitutionen sich zu bemühen, können sich also die Jünger Jesu nicht zu gut sein, gerade wenn sie von Jesus für das irdische Wohl verantwortlich gemacht werden. Ganz sicher sind im formaldemokratischen Klassenstaat auch die Rechtsinstitutionen ein "Instrument der Herrschenden", aber ebenso richtig ist, daß sie selbst im Klassenstaat Elemente des Rechtsschutzes für alle Bürger enthalten, an denen auch die Beherrschten interessiert sind. Daß sie durchwirkt sind von den Interessen der Herrschenden, daß sie deshalb unzulänglich Rechtsschutz bieten, ist ebenso wahr, wie das Interesse der Beherrschten nicht an einer Beseitigung, sondern an einer Verbesserung dieser Rechtsinstitutionen. Keine marxistische Analyse der Klassengesellschaft hat das bisher bestritten.

Zu Jesu Zeiten war der damalige Staat, repräsentiert durch die römische Besatzungsmacht, durch das herodianische Regime und durch die jüdische Oberschicht eine höchst bedrückende Macht über die arme Bevölkerung, der gegenüber unser formaldemokratischer Staat immerhin einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt darstellt. Andererseits durchdringt der moderne Staat in viel größerem Maße als damals unser aller Leben; in jeder Sekunde haben wir mit ihm zu tun. Bloße Negation des Staates ist nicht nur praktisch gänzlich unmöglich, sondern auch theologisch ein Irrtum, weil damit der Verantwortung des Christen für das irdische Wohl seiner Mitmenschen die Möglichkeit der Praktizierung entzogen wäre. Deshalb muß sich zwischen dem Staat und dem Reiche Gottes , dem menschlichen Recht und dem Willen Gottes auch eine positive Beziehung finden lassen. Darum hat sich Luther, sicher noch besser Karl Barth, bemüht, der sogar von einer Gleichnisfähigkeit des Staates für das Gottesreich zu sprechen

wagte, und darum ging es doch von jeher den Religiösen Sozialisten, die als eine politische Bewegung aus christlichem Impuls einen Staat, der die Klassenprivilegierung überwunden hat, anstrebten und anstreben. Mir scheint, daß eher Martina Ludwig in die Gefahr einer Trennung von ewigem Heil und irdischem Wohl gerät, und sie müßte uns sagen, wie Jünger Jesu denn für das irdische Wohl arbeiten sollen, ohne in dieser unserer Welt für die Verbesserung von Recht und Staat zu arbeiten. Auch wenn wir darin in der heutigen Kirche einig wären, und auch soweit wir darin in der heutigen Kirche einig sind, bleibt die Kirche eine "Gemeinschaft der politisch verschieden Denkenden." Denn die grundsätzliche christliche Verantwortung fürs irdische Wohl schließt noch keineswegs aus, daß es für die zur Verbesserung von Recht und Staat nötigen Maßnahmen und Wege verschiedene Beurteilungen gibt. Weder über Rentenversicherung noch über Rüstungspolitik kann die Bibel als Rezeptbuch herangezogen werden. Sie gibt uns Orientierung und Richtungsweisung, aber sie ist nicht dazu da, daß wir für die konkrete Realisierung in ihr nachschlagen, sondern, nachdem sie uns in ihre Richtung in Bewegung gesetzt hat, haben wir unsere Vernunft zu gebrauchen, und solange wir das nicht einer Partei, die immer recht hat, anvertrauen, sondern als Christen mündige Bürger sind, werden wir darüber diskutieren, auch politisch streiten und Regeln für die Austragung der politischen Meinungsverschiedenheiten finden müssen. Die Kirche ist kein Einparteiensystem. Die Pluralität der dabei möglichen Vernunftvorschläge kann an Grenzen stoßen, wie es heute nach unserer Überzeugung in der Frage einer Rüstung mit Massenvernichtungsmitteln geschieht, in der ein bekennendes Nein ohne jedes Ja vom Glauben geboten ist, aber zum Glück ist das nicht bei allen Fragen des irdischen Wohls der Fall. Deshalb kann es unter den Jüngern Jesu politische Meinungsverschiedenheiten geben, und deshalb kann die Gemeinde Jesu ein Ort sein, in dem solche Meinungsverschiedenheiten exemplarisch, d. h. mit Toleranz und größter Sachlichkeit ausgetragen werden, ohne daß jede dieser Meinungsverschiedenheiten die Kirche in verschiedene politische Kirchen spaltet. Deshalb hebt auch unsere Überzeugung, daß das kapitalistische System menschheitsverderblich ist und zu Gunsten einer sozialistischen Ordnung überwunden werden muß, und unsere Gewißheit, daß es das Evangelium ist, das uns zu dieser Erkenntnis treibt, die kirchliche Gemeinschaft mit denen, die noch nicht zu dieser Erkenntnis gelangt sind, nicht auf. Wir werden vor Selbstgerechtigkeit und Überhebung bewahrt und können unsere eigene Toleranzfähigkeit, wie sie Jüngern Jesu gebührt, bewähren, wenn wir in dieser Gemeinschaft bleiben, mit Nichtsozialisten gemeinsam das Evangelium hören, mit ihnen beten und zusammen arbeiten und zugleich uns bemühen, ihnen die Gründe für unsere Überzeugung immer wieder darzulegen. Gerade das Bleiben in der übergreifenden kirchlichen Gemeinschaft trägt dazu bei, daß das Geltendmachen unserer Überzeugungen und das Werben für sie in einer geschwisterlichen Atmosphäre geschieht und nicht in persönliche Verurteilung ausartet, die den Unfrieden unter den Menschen nur noch vermehren.

Helmut Gollwitzer, Berlin

"DIE GEWALT KANN NICHT LÄNGER UNGEHEMMT BLEIBEN..." - IN CuS 1/84 -

Zu diesem Interview möchte ich nur noch ein paar Erwägungen anfügen:

Der "African National Congress" (ANC) wurde 1912 gegründet. Von ihm spaltete sich der "Pan Africanist Congress" (PAC) 1959 ab. Grund war der angeblich zu starke Einfluß der weißen "Liberalen" im ANC.

Der ANC hatte sich mit seiner Freiheitscharta von 1955 ein Programm gegeben, das auch heute noch Gültigkeit hat und dem gewaltlosen Kampf verpflichtet ist. Kernsatz dieses Programms ist: "Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen".

Anfang der sechziger Jahre entstand dann der bewaffnete Arm des ANC "Umkhomto we Sizwe" = "Speer der Nation".

Diese Organisation ist auch heute noch tätig und führt nach meinen Informationen Anschläge nur gegen Einrichungen der wirtschaftlichen und industriellen Infrastruktur Südafrikas durch. Es sollen dabei keine Menschenleben gefährdet werden.

Die Ausführungen von Michael Lapsy haben mich betroffen gemacht und die Problematik von Gewaltanwendung mir neu bewußt werden lassen.

Thomas Nippe , Berlin

Herbert Helms

JEAN JAURÈS (1859 - 1914)

Zum 70. Todestag eines christlichen Sozialisten, Europäers, Pazifisten

In diesem Sommer hatte die europäische Linke Anlaß, des 70. Todestages eines ihrer großen Wegbereiter zu gedenken: Jean Jaurès, des Philosophieprofessors und Volkserziehers, des sozialistischen Parteiführers und Vizepräsidenten der französischen Abgeordnetenkammer, des überzeugenden Christen und Vorkämpfers für Frieden und Abrüstung, der als Märtyrer der Friedensbewegung am 31.7.1914 durch die Kugeln eines chauvinistischen Mörders sein Leben endete.

I. HERKUNFT UND WEG ZUM SOZIALISMUS

Ähnlich wie sein freilich fast um eine Generation älterer deutscher Zeitgenosse und späterer Parteifreund August Bebel entstammt Jaurès kleinbürgerlichen Verhältnissen. Er wurde am 4.9.1859 in Castres bei Albi in der Nähe von Toulouse als Sohn eines kleinen Kaufmannes und Grundbesitzers geboren, der auch nach dem Sturz der französischen Monarchie 1871 deren Anhänger und ein Gegner der Republik blieb - im Gegensatz zu seinen Söhnen. Aber anders als Bebel hat Jaures drückende Not in seiner Kindheit nicht kennen gelernt. Ihm war es auch vergönnt, eine gediegene humanistische Schulbildung zu erhalten - im Unterschied zu Bebel, der erst als Handwerksgeselle durch den katholischen Kolpingsverein Zugang zu literarischer Bildung fand und diese als sozialistischer Parteiführer in mehrjähriger Festungshaft (1870 - 1874) wissenschaftlich erweitern konnte zur Abfassung seiner bekannten Bücher und Schriften.

Jean Jaurès besucht ab 1869 das Gymnasium von Castres, erhält erhebliche Förderung durch Lehrer, die seine hohe Begabung erkennen und wird ab 1876 in Paris ins Collège Saint-Barbe und 1877 in die berühmte 'Ecole Normale Supérieure' aufgenommen.

Für den späteren Lebensweg von Jean Jaurès zu den oppositionellen Sozialisten mag der geschichtliche Hintergrund seiner Heimat Albi mitgewirkt haben; in seiner Jugend waren die Erinnerungen an die Albigenserkriege des 13. Jahrhunderts, an den Kampf der 'Katharer' um Toulouse und in Südfrankreich gegen die sie verfolgende Papstkirche und die königliche Zentralgewalt noch lebendig. Jean Jaurès hat auch als reifer Mann sich mit der Geschichte seiner Heimat beschäftigt. Nach Beendigung seines Studiums wird Jaurès Lehrer für Philosophie am Lycée von Albi (1881) und bald Dozent an der Universität von Toulouse. Seine hervorragende Rednergabe und lateinische Bildung, die von Mitschülern und Lehrern früh Bewunderung und Beachtung fand, erweckt in ihm aber bald den Wunsch nach einer politischen Laufbahn.

II. REPUBLIKANISCHER ABGEORDNETER

Obwohl Jean Jaurès, wie erwähnt, schon als Schüler begeisterter Anhänger der Republik war, erkannte er bald ihre Mängel, die nicht beseitigten Klassengegensätze, die Uneinigkeit der republikanischen Parteien einschließlich der Sozialisten, die Gefahren der Kolonialpolitik. Aus eigenen Reden jener Zeit und dem Zeugnis von Zeitgenossen läßt sich ein Bild seiner von hohem Idealismus und vom christlichen Glauben bestimmten Persönlichkeit gewinnen. In seiner in Albi 1883 gehaltenen Rede über 'Das Wohlwollen in den Urteilen' betont er die Notwendigkeit, Fehler und Verkehrtheiten der Zeitgenossen zu tadeln, aber solche kritische Äußerungen durch Erwähnung des Guten zu korrigieren, das man von einem solchen Menschen sagen kann. In diesem christlichen Grundsatz

war die gesamte publizistische und schriftstellerische Wirksamkeit von Jaurès vorgezeichnet. Der Schriftsteller Anatol France charakterisiert Jean Jaurès als 'die Liebenswürdigkeit und Güte selbst'. Als die Republikaner ihm 1885 die Kandidatur für ihre Liste anbieten, nimmt Jaurès diese Chance wahr. Er wird nach einem überaus erfolgreichen Wahlkampf gegen den konservativen Politiker und Kohlengrubenbesitzer Baron de Reille mit vier anderen Republikanern ins französische Parlament gewählt. Jaurès wird mit 26 Jahren der jüngste Abgeordnete im Palais Bourbon.

Der junge Gelehrte ist zwar mit den politischen Theorien und Grundsätzen seiner Epoche bestens vertraut, hat aber keine Kenntnis der Parteitaktik und der politischen Auseinandersetzung, was ihn anfangs an öffentlichen Reden im Parlament hindert. Unter den Abgeordneten des Jahres 1885 befinden sich erstmals vier Sozialisten, denen Jaurès damals noch fern steht. Er beteiligt sich in seiner politischen Unerfahrenheit an der opportunistischen Politik der 'centre gauche' und ihrer 'politischen Nachbarn'. D.h. er stimmt z.B. für einen Kredit zur Finanzierung des Expeditionskorps nach Indochina und für einen Kredit an die Kirche, gegen die Amnestie politischer Häftlinge. Aber bald fühlt er sich von der Unklarheit in der Zielsetzung der Republikaner enttäuscht.

Der Anschluß an die Sozialisten fällt ihm noch zu schwer, da er bei ihnen ebenfalls ein überzeugendes System der Politik vermißt. Er bleibt im Parlament zunächst ein Einzelgänger, der 1886 sich mit guten Sachargumenten für eine Verbesserung des Schulwesens zugunsten der proletarischen Landbevölkerung einsetzt, nämlich für den Aufbau von staatlichen und kommunalen Volksschulen. Diese Rede vom 21.1O.1886 findet noch wenig Beachtung. Ein stärkeres sozialistisches Profil scheint Jaurès' zweite Rede zum Thema 'Getreidezölle' vom 8. März 1887 gehabt zu haben. Gustave Rouanet - später Mitarbeiter an der von Jaurès begründeten und heute noch existierenden sozialistischen Tageszeitung 'L' Humanité' - lobt in der 'Revue Socialiste' die ökonomischen Kenntnisse des jungen Abgeordneten und lädt ihn ein zum Anschluß an die Sozialisten. Jaurès folgt zögernd dieser Einladung zu einem Parteiwechsel. Er schreibt zunächst (ab 1887) Leitartikel für die 'Depeche de Toulouse'.

Für die Wahlen von 1889 kandidiert Jaures für seine Heimatstadt Castres als 'fraktionsloser Republikaner', unterliegt aber diesmal den konservativen Gegnern.

III. ENTSCHEIDUNG FÜR EINEN CHRISTLICHEN SOZIALISMUS

Nach diesem ersten politischen Mißerfolg kehrt er 1889 an die Universität Toulouse zurück, wo er die Stelle eines 'maître de conférence' erhält. Im Wahlkampf hatte er gelernt, daß ein Erfolg nur möglich ist

durch ein klares politisches Bekenntnis. Ansätze zu einer sozialistischen Überzeugung und Weltsicht besaß er schon seit seinen Studien an der 'Ecole Normale Supérieure'. Deren Bibliothekar hatte ihn mit revolutionären und sozialistischen Elementen der großen deutschen Philosophen Kant, Fichte und Hegel bekannt gemacht. Mit diesen Denkern und dem deutschen Sozialismus seiner Gegenwart beschäftigt sich Jaurès nun erneut.

Bereits im Jahre 1886 hatte Jaurès in Albi Louise Bois, die Tochter einer wohlhabenden Bürgersfamilie geheiratet. Sie bringt ein kleines Landhaus (Bessoulet) in die Ehe mit, das später von politischen Gegnern zum Anlaß von Angriffen gegen den führenden Sozialisten gemacht wird.

Von seiner so gesicherten persönlichen Existenz aus hat der junge Gelehrte nun Zeit, seine Promotion an der Sorbonne in Paris in Angriff zu nehmen. Er wählt für die in französischer und lateinischer Sprache einzureichenden schriftlichen Arbeiten, die 'Thesen', zwei Themen, die sich mit der Philosophie des deutschen Idealismus Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigen.

Bemerkenswert und aktuell dürfte für die Leser von CuS v.a. das Thema seiner zweiten Doktorthese sein, in der er sich mit Ursprüngen des wissenschaftlichen Sozialismus im Sinne von Karl Marx beschäftigt, den er überzeugend aus der Reformation und dem deutschen Idealismus ableitet. 'DE PRIMIS SOCIALISMI GERMANICI LINEAMENTIS apud Lutherum, Kant, Fichte et Hegel' (Toulouse 189O) verteidigt Jaurès am 5.2.1892 an der Sorbonne in einer mündlichen Disputation, obwohl einige konservative Professoren diese These nur mit Befremden zur Kenntnis nahmen. Jaurès hatte zuvor schon in Toulouse Vorlesungen über dieses Thema gehalten, die großen Zulauf hatten und zur Sensation wurden, weil er den ersten Vortrag mit der für einen überzeugten Sozialisten ungewöhnlichen Erklärung begonnen hatte: 'Ich glaube an Gott'. - Später mußte er sich gegen Angriffe auch von Sozialisten in der Presse wehren, als bekannt wurde, daß seine Tochter an der Kommunion teilnahm.

In seiner - in elegantem und gut lesbaren Latein geschriebenen - Promotionsthese entwickelt Jaurès die Leitgedanken des modernen Sozialismus - die Ideen der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit - von ihren christlichen Ursprüngen in der deutschen Reformation her. Luthers Sermone gegen den Wucher (152O und 1524), 'Von der Freiheit eines Christenmenschen' (152O), 'Vom unfreien Willen' (De servo arbitrio, 1525) erweisen sich als Quellen, aus denen die führenden deutschen Denker des 18. Jahrhunderts - Kant, Fichte, Hegel - starke Anregungen für ihre Gesellschafts- und Staatslehre empfingen. 'Wie einst Sokrates die Philosophie vom Himmel herabrief, so ruft der Sozialismus die Gerechtigkeit vom Himmel, d.h. aus der Region der 'Ideen', damit sie das Leben der Menschen gestalte' (S. 1). Im deutschen Sozialismus findet Jaurès eine universale Freiheitsidee und -bewegung, die schon in der christlichen Gotteslehre enthalten ist: "In socialismo igitur germanico

certa quaedam et dialecticae sive universalis motus, et libertate humanae, et naturae Deique doctrina inhaeret" (S. 2). Trotz des im politischen Tageskampf von den Sozialdemokraten betonten Materialismus soll man nicht ihren Idealismus übersehen, dem die Zukunft gehört. Jaurès leitet den 'deutschen Sozialismus' nicht etwa vom Materialismus der 'extremen Hegelschen Linken' ab, sondern von den führenden deutschen Idealisten Kant, Fichte und Hegel, die ihre Ideen für eine gerechte Gesellschaft aus der Reformation Luthers schöpften. (Eine Sicht des modernen Sozialismus, die Jaurès übrigens mit dem Züricher Theologen Hermann Kutter teilt).

Luthers Lehre von der 'Freiheit eines Christenmenschen', die sich erst im Dienst am Mitmenschen realisiert, hat die Idee der Freiheit und den Pflichtbegriff bei Kant, Ficht und Hegel stark geprägt. Die Polemik des Reformators gegen den 'Wucher' wurde insbesondere von Karl Marx erneuert. Luther sah schon treffend in den Anfängen des Kapitalismus - im Aufkommen der Handelsmonopole und des Zinsgeschäftes - eine Ausnutzung der Notlage der Armen. Denn der 'Arme ist nicht frei', wenn er 'volens nolens' Schulden aufnimmt zu hohen Zinsen, sondern gerät in noch größere Abhängigkeit vom Geldgeber. Geldverleih zur Ausübung der Herrschaft über andere Menschen nennt er einen 'Samen des Teufels in den menschlichen Gesellschaften' (S. 25). Gegen dieses soziale Übel sollen Staat und Kirche ankämpfen durch Gesetzgebung und Predigt. Jaurès betont, daß Karl Marx diese Polemik Luthers gegen den 'Wucher' im 'Kapital' erneuert hat (S. 24).

Kant beruft sich nach Jaurès auf die Französische Revolution und auf Jean Jaques Rousseaus 'Sozialvertrag' als Basis des freiheitlichen Staates, den er erst in der Staatsform der Republik realisiert sah (S. 34). Auch die Notwendigkeit des persönlichen Besitzes für die Freiheit des Bürgers wird von Kant schon betont; der 'besitzlose Tagelöhner ist kein freier Mann' (S. 38).

Johann Gottlieb Fichte, der Schüler Kants, 'sein großes Abbild', geht weiter als sein Meister, indem er die 'Rebellion' nicht mehr verurteilt, sondern z.B. in der Französischen Revolution das Recht des 'Gesellschaftsvertrages' (Rosseau) wiederhergestellt sieht. - Fichte trennt auch nicht mehr die politische von der wirtschaftlichen Freiheit und betont deshalb das 'Recht auf Arbeit und Besitz'.

Fichte vertritt freilich einen 'moralischen Sozialismus', der nur nach der Idee der ewigen Gerechtigkeit und nicht nach historischen Gründen für die Entwicklung der Gesellschaft fragt.

Noch wichtiger für den wissenschaftlichen Sozialismus als Fichte ist Hegels 'Philosophie des Rechts' und seine 'historische Dialektik', auf die sich Karl Marx ausdrücklich bezieht. Die Freiheit ist das Fundament des Rechts. Aber nicht die 'leere Negativität' der individuellen Freiheit ohne Dienst an der Gemeinschaft, sondern die Eingliederung des

Menschen in die Sozialverbände (Familie, bürgerliche Gesellschaft, Staat) macht wahre Freiheit erst möglich. Denn durch die Arbeitsteilung und das 'Bedürfnissystem' sind alle Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft miteinander verbunden. Der Staat hat nicht nur für Sicherheit und Leben seiner Bürger zu sorgen, sondern hat auch die Pflicht, eine Klasse der besitzlosen Armen zu verhindern bzw. den Pauperismus zu bekämpfen, indem er z.B. Spitäler und Heime (Asyle) bereitstellt für jene, die sich nicht selbst erhalten können. Jaurès rühmt an Bismarcks Sozialgesetzgebung (Invaliden- und Altersversicherung), daß sie weitgehend den Vorschlägen Hegels folgt.

Obwohl Hegel den Staat wegen seiner sozialen Leistungen gleichsam als Manifestation Gottes oder und als den 'Gang Gottes in der Welt' versteht, ist es nach Jaurès 'ein alter Irrtum', Hegel eine 'Vergöttlichung des Staates' zu unterstellen. Durch seine 'dialektische Methode' ist eine Korrektur der schlechten Staatsformen und Gesellschaften möglich und wirksam. Karl Marx hat mit Hilfe der Dialektik Hegels die Veränderbarkeit der scheinbar für die Ewigkeit festgelegten kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigen können. Die Umgestaltung der Dialektik für Marx in ihrer Anwendung auf den geschichtlichen und wirtschaftlichen Prozeß ist 'keine Verklärung des Bestehenden', sondern zeigt auch 'die Negation der jetzigen Ordnung', den 'Untergang des Bestehenden' und ist 'kritisch und revolutionär'.

Diese kritische Dialektik wendet Jaurès auch auf den damaligen 'deutschen Sozialismus' von Bebel und Liebknecht an, der nur eine vergängliche Form darstellt. Weil der wahre Sozialismus die Humanität selbst ist und christliche Bruderschaft, Würde und Freiheit des Menschen einschließt, muß man ihn an seinen Quellen aufsuchen: im christlichen Sozialismus bei Luther, im moralischen Sozialismus bei Fichte und dialektischen Sozialismus bei Hegel und Marx. (S. 82/83)

Jaurès hat mit dieser Arbeit über die Urspünge des deutschen Sozialismus in Frankreich bahnbrechend gewirkt. Die bis dahin dem Sozialismus fernstehenden Angehörigen der Bildungsschicht wurden im 'Quartier Latin' in Paris, aber auch in ganz Frankreich in großer Zahl für die Sache der Arbeiter und die sozialistischen Parteien gewonnen. In zahlreichen Reden und Zeitungsartikeln hat Jaurès in dieser Zeit und in den folgenden Jahren den von ihm vertretenen christlichen Sozialismus als eine Menschheitssache verstanden, die höher steht als jeder Klassen- und Parteistandpunkt und deshalb auch etwas Größeres sein muß als die 'Diktatur des Proletariats'. In dieser Sicht einer kommenden freien Gemeinschaft aller Menschen und Völker ohne Klassenunterschiede und Ausbeutung befindet er sich durchaus in Übereinstimmung mit Karl Marx' 'Modell einer klassenlosen Gesellschaft'. Der wahre Sozialismus, wie ihn in Frankreich Louis Blanc, Proudhon, Fourier formuliert haben, ist mehr als ein 'Sozialismus der Klasse, der Aggression und der Begehrlichkeit bzw. der Gewalttätigkeit und Rohheit, wie ihn manche Parteiführer vertreten; er ist weit größer und wahrhaft menschlich'.

Jaurès lernt in bitteren politischen Erfahrungen bald den furchtbaren Widerstand der privilegierten Klassen gegen die Arbeiterbewegung kennen und weiß bald, daß die Ziele des wahren Sozialismus nicht ohne Kampf erreicht werden können. Als in seinem Heimatgebiet in Carmaux ein zum Bürgermeister gewählter sozialistischer Arbeiter vom Kohlenbergbaubetrieb des Barons de Reille entlassen wird, kommt es zu einem Streik der Bergarbeiter, der in ganz Frankreich und Europa bekannt wird. Durch die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften wird das Unternehmen zum Nachgeben gezwungen. Als der Direktor der Bergbaugesellschaft, der Marquis de Solages, aus Protest gegen die Haltung des Parlaments in der Streikfrage sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung stellt, nimmt Jaurès die ihm von der 'Parti Ouvrier' angebotene Kandidatur an und wird am 8.1.1893 gewählt. Nach seinem Wahlerfolg wird Jaurès von bürgerlichen Zeitungen als 'Opportunist' angegriffen, der sich dem Sozialismus als einer 'Mode' angeschlossen habe. Er weist diese Angriffe zurück, gesteht aber, daß er früher in jugendlicher Unerfahrenheit die Gegnerschaft der antisozialistischen Kräfte unterschätzt hat. Jetzt sieht er die Notwendigkeit der Einigung der sozialistischen Gruppen und Parteien in Frankreich (damals mindestens fünf!) zur Erreichung der Ziele des wahren Sozialismus.

Bei einem anderen Arbeitskonflikt mit einer Glashütte in Carmaux (1895), in dem sich Jaurès ebenfalls für die zu Unrecht entlassenen Arbeiter einsetzt, der Unternehmer aber die Wiedereinstellung verweigert, versucht er ihnen zu helfen durch Gründung einer neuen genossenschaftlichen Glaswarenfabrik. Dieser Plan findet zwar begeisterte Zustimmung der Gewerkschaften und der betroffenen Arbeiter. Aber trotz eines guten Anfangskapitals aus Freundeskreisen wird der Kohlepreis von Baron de Reille für die geplante den Arbeitern gehörige Fabrik überhöht festgesetzt, ebenso wird kein günstiges Grundstück angeboten, sodaß die Glashütte nicht in Carmaux, sondern in dem 16 km entfernten Albi gebaut werden muß. Schon bei den vorausgehenden Streiks hatte Jaurès in Carmaux den unrechtmäßigen und gewalttätigen Einsatz der Polizei und lokalen Justiz erlebt und wäre selbst fast getötet worden. Nun wird die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung über den Wegzug der Glasarbeiter von seinen politischen Gegnern geschürt, sodaß er in Carmaux eine feindselige Stimmung antrifft, Mißhandlungen erlebt und die Gunst seiner Wähler für Jahre verliert.

IV. JAURES' KAMPF GEGEN MILITARISMUS, RASSISMUS UND NATIONALISMUS -

Im Unterschied zu manchen sozialistischen Parteiführern (z.B. Jules Guesde) sah Jaurès in den großen Konfliken, die aus Rassismus und Nationalismus entstehen, keine für die Sozialisten zu begrüßende Chance zur Erreichung ihrer politischen Ziele. Er setzt sich deshalb entschlossen für den jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus (1859 - 1935) ein, als er Dokumente erhält, aus denen die Grundlosigkeit des Spionagevorwurfs hervorgeht. Als Jaurès sich mit anderen Pazifisten öffentlich für den unschuldig Verurteilten einsetzt, verliert er viele Bewunderer und Freunde wie den Schriftsteller Charles Péguy,der nun bei ihm Antinationalismus und Anarchismus zu sehen meinte. Jaurès hatte u.a. den 'fanatischen Pazifisten' Hervé ohne Widerspruch sagen lassen, 'Man muß ein Verräter sein'!

Als der Konflikt um Dreyfus das bürgerliche Lager spaltet und ganz Frankreich erschüttert, distanziert sich die 'Arbeiterpartei' mit Jules Guesde in einer Erklärung von diesem Streit und auch von Jaurès, weil es hier nicht um die Sache des Proletariats gehe! Jaurès bleibt aber seiner Idee der Gerechtigkeit treu und veröffentlicht 1898 seine Artikel zur Dreyfus-Affäre in Buchform 'Les preuves', die neben Emilie Zolas Artikel 'J'accuse...' (in Clemenceau's 'Aurore' vom 13. Januar 1898) die wirksamste publizistische Aktion wurde, die nach jahrelangen Auseinandersetzungen zur Rehabilitierung des Hauptmanns Dreyfus führte. Jaurès beschreibt deutlich die fortschrittsfeindlichen Kräfte, die sich mit dem Militarismus verbunden haben, um ihre alten Privilegien zu erhalten: eine alte Militäraristokratie und die katholische Kirche, die 'klerikale Partei', die führenden alten Klassen haben ihre Zuflucht seit den Anfängen der Republik beim Militär gesucht. Ihre Parole lautet: 'Die Türen schließen für den Feind, für den Republikaner, den Dissidenten, den Protestanten oder Juden' ('Les preuves', Vorwort S. VII).

Jaurès erfährt nicht nur die gefährliche Gegnerschaft des Generalstabs, sondern auch den Haß der Antisemiten, die damals vor allem durch die Tageszeitungen 'La Libre Parole' und 'L'Intransigeant' ihre Propaganda betrieben. Jaurès läßt sich in diesem Streit nie auf das Niveau jener Blätter herab, die mit Schlagworten wie 'Vaterland', 'Ehre der Armee' 'Verräter', 'Jude', 'Revanche', 'Geständnis' die Massen zu bewegen suchten, sondern versucht, auf rationalem Wege zu überzeugen. Er hatte dabei den Vorteil genauer Aktenkenntnis, die ihn unwiderlegbar machte.

Aus den Erfahrungen mit der antidemokratischen Militärbürokratie und -justiz, aber auch aus tiefen Differenzen mit deutschen Sozialisten über die Frage der 'Vaterlandsverteidigung' erwächst die große Arbeit von Jaurès über 'Die neue Armee' (1907). Die Absicht dieses für den heutigen Leser schwer lesbaren Buches war bei Jaurès zwar nicht die totale Abschaffung des Militärs, wohl aber eine gründliche demokratische Umbildung zu einer Milizarmee mit etwa 6-monatiger Dienstzeit und geringer oder ganz beseitigter Kasernierung der Soldaten nach schweizer Vorbild - ein Gedanke, den in Deutschland damals auch Rosa Luxemburg vertreten hat, wofür sie mit der erlogenen Anklage der Anstiftung zum Offiziersmord eine Gefängnisstrafe erhielt. Aber Jaurès drang mit seinem erst 1910 gedruckten Werk im Parlament nicht durch, das eine Verlängerung der Militärdienstzeit auf drei Jahre beschloß, um der deutschen Bedrohung zu widerstehen. Trotz seiner pazifistischen Überzeugung sah Jaurès, der sich für 'L'Armee nouvelle'

von dem gut informierten Hauptmann Gérard beraten ließ, die Taktik eines möglichen deutschen Angriffs realistisch vom Norden her (Durchstoß durch Belgien!), wie sie 1914 dann erfolgte.

Erst fünf Jahre nach seinem Tod - im Prozess gegen seinen Mörder Raoul Villain im Jahre 1919 - wurde von militärischen Fachleuten, wie General Percin und Regnault anerkannt, daß Jaurès in seinem Buch keineswegs antinationale Überzeugungen vertreten, sondern eine zu seiner Zeit nicht beachtete 'Prophezeihung' für die Abwehr des deutschen Angriffs ausgesprochen habe, weshalb der Vorwurf, er treibe das Spiel der Feinde Frankreichs, völlig unbegründet war. Aber wichtiger als diese zutreffende Prognose war Jaurès das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung der nationalen Ideologie als einer Hauptursache für den Krieg. Er erwähnt drei solcher Möglichkeiten, das 'Vaterland' zu überwinden: 1. die Auflösung der Staaten in kleine soziale Verbände, 2. ein multinationaler Großstaat, der aber ein 'monstruöser Caesarismus' wäre, 3. ein Bund von selbständigen Nationen, der allein die 'menschliche Einheit' bringen würde. Solange die Arbeiterklasse einen solchen 'Völkerbund' nicht durchsetzen kann, muß sie die kriegerischen Absichten der nationalen Regierungen zu verhindern suchen. Diesem Zwecke dienten mehrere internationale Kongresse der europäischen Sozialdemokraten in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und insbesondere der hauptsächlich von Jaurès organisierte sozialistische Friedenskongreß in Basel 1912.
Bei diesem Kongreß, der im Basler Münster im November 1912 etwa tausend Delegierte aller großen europäischen Arbeiterparteien vereinigte, hielt Jaurès eine Rede unter dem Motto von Schillers 'Glocke': 'Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango', in der er in visionärer Kraft das Unheil des drohenden europäischen Krieges beschrieb und zum Widerstand gegen 'das Ungeheuer' aufrief, das am Horizont erscheint! Aber der sozialistische Friedenskongreß, über den Leonhard Ragaz als Augenzeuge eindrucksvoll in den 'Neuen Wegen' (Dezember 1912) und in seiner Autobiographie 'Mein Weg' (I, 368) berichtet hat, zeigte seine Schwäche in der Unfähigkeit zu einem bindenden Beschluß, im Kriegsfall in den beteiligten Ländern den Generalstreik auszurufen. Bereits 1907 war dieser von den französischen Delegierten Hervé und Vaillant in Stuttgart gemachte Vorschlag von August Bebel abgelehnt worden. Nach dem Urteil von Ragaz trugen die deutschen Sozialdemokraten mit ihren österreichischen Kollegen die Hauptschuld am Nichtzustandekommen einer alle sozialistischen Parteien bindenden Entscheidung für einen Generalstreik im Kriegsfall bei dem sozialistischen Friedenskongreß 1912 in Basel.

Der Parlamentsabgeordnete Jaurès hielt sowohl den Kampf gegen den Nationalismus und Revanchismus im Parlament und in der Presse für notwendig, wie auch den Einsatz außerparlamentarischer Aktionen der Arbeiterklasse für die Erhaltung des Friedens. Er trat deshalb 1907 in Stuttgart für den Generalstreik ein. "Wir fordern im Dienst des Antimilitarismus den Einsatz der politischen und parlamentarischen Kraft

des Proletariats. Aber die parlamentarische Aktion genügt nicht mehr für das Proletariat unter Waffen der Zukunft".

In den Dienst des Friedens stellte Jaurès zahlreiche seiner Vorträge, Parlamentsreden und Zeitungsartikel, nicht zuletzt seine unter Mitwirkung zahlreicher bekannte Schriftsteller 1904 begründete sozialistische Tageszeitung 'L'Humanité', die heute noch existiert: als Organ der KP Frankreichs.

Trotz vielfacher Anfeindungen und Mißerfolge im Friedenskampf war Jaurès als Christ von immer neuen Hoffnungen auf den Sieg des internationalen Friedens und sozialer Gerechtigkeit für alle Völker erfüllt. Er nennt in seinen Vorträgen und Reden einige einfache Leitgedanken, die einen universalen Frieden nach Jahrhunderten der Kriege endlich möglich machen können: 'Die Menschheit wird genügend organisiert sein, genügend Meisterin ihrer selbst sein, um die entstehenden Konflikte .. durch die Vernunft, die Verhandlung und das Recht lösen zu können' ('La paix humaine', Rede 1903 in Albi). Jaurès nannte den modernen Krieg ein Verbrechen noch in seiner letzten Rede vom 25.7.1914. Und in der schon erwähnten Rede 'Frankreich und Deutschland' im Parlament vom 23.1.1903 wendet er sich gegen die Gegner der Pazifisten, die ihnen eine Schwächung des Verteidigungswillens unterstellen. "Ich aber behaupte im Gegenteil: gerade die fortdauernde Aufstachelung dieser Energie im Hinblick auf einen immer wieder vertagten Krieg muß schließlich zur Erschlaffung führen"; (Gewöhnung des Volkes ans Maulheldentum!) 'Ein Volk braucht keine Kriegsbereitschaft', sondern 'gesunde Kräfte: Arbeitskraft, Geistesstärke, die Kraft zur Freiheit und Gerechtigkeit'. Sollten diese Kräfte 'durch die Gewalttätigkeit eines fremden Staates bedroht werden, dann werden diese gesunden Kräfte sich von selbst zu einer herrlichen Entfaltung von Mut umgestalten' (S. 10). Jaurès erinnert an die bewunderungswürdigen Leistungen der Französischen Revolution des 18. Jahrhunderts, die zunächst den Menschheitsfrieden proklamierte, aber nach dem Angriff der benachbarten Monarchien sich ihnen auch militärisch überlegen erwies.
In der gleichen Rede bekämpft Jaurès das Bündnis Frankreichs mit dem zaristischen Rußland und versucht, die allmählich wachsende Friedensbereitschaft des 'Dreibundes' (Deutschland, Österreich und Italien) zu zeigen. - Obwohl er die innere Verbundenheit Frankreichs mit den Menschen in Elsaß und Lothringen bejaht, bestreitet Jaurès das Recht zu einem Revanchekrieg, das einige französische Abgeordneten damals behaupteten. Gewaltanwendung kann keine Lösung der internationalen Konflikte sein, "die uns der Fortschritt der Welt verspricht", ..die einzige Lösung ..das ist die Sicherung des allgemeinen Friedens und die Ausbreitung der Demokratie!"(S. 30f)

Auf die Frage, 'wann das sein wird?', antwortet Jaurès mit dem Hinweis auf einen umfassenden Friedensvertrag und die notwendige Abrüstung: "An dem Tage, wo ein endgültiger Friedensvertrag zwischen

den europäischen Völkern geschlossen werden wird, an dem Tage, wo sie sich durch eine allgemeine Abrüstung ... ein Pfand gegenseitiger Sicherung gegeben haben werden, an dem Tage werden alle menschlichen Gruppen von Finnland bis Irland, von Polen bis zum Elsaß Kraft genug haben, um sich ihren historischen und moralischen Verwandtschaften wieder anschließen zu können;... sie werden nicht mehr anzukämpfen haben gegen die Herrschaft militärischer Kasten; ... sie werden nicht mehr durch die allgemeine Wehrpflicht gezwungen sein, in schändlichen Kriegen Werkzeuge ihrer Sieger gegen das Vaterland von gestern zu sein. .." (ebd) Gegen den Vorwurf der Utopie antwortete Jaurès: "Wir sind wahrhaftig keine Träumer, ... wir sind die großen Realpolitiker der Gerechtigkeit und des Rechtes" (S. 34). Diese einzig mögliche 'Realpolitik des Rechts und des Friedens' bleibt auch 70 Jahre nach dem Märtyrertod des Christen und Sozialisten Jean Jaurès im Europa des Jahres 1984 die dringendste Aufgabe für alle Menschen guten Willens!

EINLADUNG
zur ökumenischen Versammlung der Christen in der Friedensbewegung
vom 9.-11.11.1984 in Düsseldorf

näherer Hinweis auf Seite 44.

Die JAHRESTAGUNG unseres BUNDES DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V. findet eine Woche später, vom 16. - 18. November 1984 in Bielefeld statt.
Die Leser von CHRIST UND SOZIALIST sind herzlich eingeladen.
Nähere Hinweise auf S. 43.

BUNDESNACHRICHTEN

Barmen - ein Ruf nach vorwärts!

Eindrücke vom Barmen-Gedenken 1984

Helmut Gollwitzer schloß seine Auslegung der 1. und 6. These von Barmen am Sonntag, dem 27. Mai in der Gemarker Kirche mit einer jüdischen Geschichte. Ein Schüler fragt seinen Lehrer: "Was ist Wahrheit?" Dieser erwidert ihm: "Geh weiter!"

Zu solchem Weitergehen und Weiterbezeugungen hat das Barmen-Gedenken Mut gemacht. Wer es sich nicht verdrießen ließ, die verregneten Tage der Barmen-Gedenkwoche in Wuppertal zuzubringen, der konnte manches Hilfreiche erfahren.

Die Auslegung der Barmer Thesen ging in der Gemarker Kirche in Gemeindevorträgen vor sich; hier war die bekannte Spaltung, die es zwischen Theologie einerseits und Gemeindefrömmigkeit andererseits geben soll, jedenfalls überwunden. Die Lieder der Gemeinde prägten als Ausdruck evangelischen Glaubens das Zeugnis mit, und die Stimmen aus der Ökumene, die jeweils am Beginn der Abende laut wurden, machten es deutlich, daß die Christenmenschen über den Erdkreis hin verbunden sind.

Auch in die Gemeinden außerhalb von Wuppertal drang das Barmen-Gedenken vor. So erzählte Oberkirchenrat Ludwig Quaas in der Gemeinde Düsseldorf-Heerdt vom Anbruch der Nazizeit und davon, wie es in den Bekenntnissynoden um das Ganze des Glaubens ging.

Philip Potter, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, faßte am Hauptgedenktag, dem 31. Mai, in der Wuppertaler-Stadthalle die Punkte zusammen, in denen das Zeugnis der Christen heute mit derselben Klarheit ausgesprochen werden muß wie in Barmen 1934. Zum einen muß die Verurteilung des Rassismus als unvereinbar mit dem christlichen Glauben endlich zu Konsequenzen führen. (Inwieweit hier nicht nur Regierungen, sondern auch Kirchen - etwa in ihrer Zusammenarbeit mit bestimmten Banken! - angesprochen sind, darauf machte ein Plakat der Jugend unübersehbar aufmerksam). Sodann wird es Zeit, der Weltkirchenkonferenz von Vancouver 1983 mit ihrer Verurteilung nicht nur der Anwendung, sondern auch der Herstellung und Stationierung von Atomwaffen endlich Gehör zu geben. Die Probleme der Ökologie und der Ökonomie, wie sie weltweit bestehen, faßte Potter in einem Punkt zusammen,indem er sagte, daß weltwirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit und mutwillige Plünderung der Schöpfung eine Rebellion gegen den in Jesus Christus Mensch gewordenen Gott sind.

Fernab von dieser weltweiten Fragestellung und als Bewohner eines professoralen Elfenbeinturms wirkten die Professoren Bracher (Bonn) und Kriele (Köln), die in einer Veranstaltung des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums eine maßlose Idealisierung des bundesdeutschen Staates zu Wort kommen ließen. Die nachmittägliche Diskussion mußte hier eine Menge zurechtrücken; so stellte Bischof Krusche aus Magdeburg die Frage, ob denn die Bundesrepublik Deutschland ein so ideales Gebilde sei, daß sie der Rechtfertigung und der Heiligung durch Christus nicht mehr bedürfe. Er fragte weiter, warum es die beiden Referenten wohl so geflissentlich übersehen hätten,daß der Hauptverfasser der Barmer Theologischen Erklärung, nämlich Karl Barth, die im Kalten Krieg geläufig gewordene Gleichsetzung von Sozialismus und Nationalsozialismus eben nicht vollzogen hat. Für die Verantwortung aller, nämlich nicht nur der Regierenden, sondern auch der Regierten, könne sehr wohl auch in der DDR eingetreten werden.

Gerade angesichts der Gefahr, die 5. Barmer These zu einer Bestätigung des Obrigkeits- und Gewaltstaates zu mißbrauchen und die Rechts- und Friedens-Tendenz in dieser These an den Rand zu rücken, erwies sich die Auslegung dieser These durch den Tübinger Theologen Eberhard Jüngel in seinem Gemarker Gemeindevortrag als wahrhaft befreiend (der Text ist in Jüngels Büchlein "Mit Frieden Staat zu machen" inzwischen gedruckt zu haben). Jüngel ging davon aus, daß allen irdischen Reichen und aller irdischen Politik eine unvermeidbare Ambivalenz und Zweideutigkeit innewohne. Der Staat ist im Rahmen der Barmer Thesen kein Thema von eigener Gewichtigkeit, sondern er gehört zu den vorläufigen menschlichen Dingen. Die These schließt mit der ausdrücklichen Bekräftigung dessen, daß der Christ sein Vertrauen und seinen Gehorsam (nicht etwa dem Staat, sondern vielmehr) Jesus Christus zuzuwenden hat, der alle Dinge durch sein mächtiges Wort trägt.

Indem Jüngel die Zwecksetzung des Staates, nämlich Frieden und Recht zu wahren, hervorhob, wurde deutlich, daß nicht Zerstörung, sondern Aufbau in Barmen dem Staat zugemutet wurde; für den Frieden seien soziale Vorsorge und Fürsorge sehr viel geeignetere Mittel als die Androhung und Ausübung von Gewalt.

Besonders sorgfältig war Jüngels Argumentation in der Kriegs- und Rüstungsfrage. Die Kirche habe den Staat daran zu erinnern, daß ein Zustand, "der allein durch Gewalt stabil gehalten wird, gerade nicht Frieden, sondern äußerste Gefährdung des Friedens bedeutet". Die Staaten der Welt seien dazu aufzufordern, "gemeinsam auch schon die Androhung von militärischer Gewalt feierlich zu verwerfen". Kommt solch feierliche Verwerfung und die erstrebe Abrüstung aber nicht zustande, dann drängt sich, wie Jüngel sagte, "unabweislich die Frage auf, ob die Zeit nicht gekommen ist, in der Christen nur noch als Wehrdienstverweigerer glaubwürdige Zeugen Jesu Christi sind". (Daß solche Überlegungen mit einem geistlichen oder vielmehr, wie

Jüngel sagte, geradezu fleischlichen Hochmut nichts zu tun haben, der den einzelnen Soldaten als Christen nicht gelten lassen will, machte Jüngel so überdeutlich, daß zu hoffen war, man möchte diesem Gespenst von Unterstellung künftig seltener begegnen.)

Wenn wir den Staat, nach Jüngels Worten, nicht vergöttern dürfen - eben auch nicht in seiner momentanen "demokratischen" Gestaltung! - so dürfen wir ihn freilich auch nicht - verteufeln! Daß diese Gefahr bei nicht Wenigen in der jungen Generation besteht, lehrte eine Veranstaltung in der Gesamthochschule Wuppertal, bei der von den Studenten Äußerungen bedrückender Hoffnungslosigkeit laut wurden. Die Untauglichkeit der schönen Theorien der Professoren Bracher und Kriele wurde nirgends deutlicher als bei dieser Zusammenkunft des akademischen Nachwuchses. Eine Demokratie, die auf Lebensfragen wie Umwelterhaltung und Abrüstung die Auskunft verweigert, ist für die junge Generation (aber nicht nur für diese!) unglaubwürdig.

Bleiben wird mir der Eindruck eines alten ostpreußischen Pfarrers, der von der unvergessenen Heimat erzählend, auf die, die heute dort wohnen, mit Vergebung und Liebe zugehen will. Ebenso bleiben wird mir der Eindruck vom Zeugnis der Menschen aus der DDR. Den Anhängern der Totalitarismustheorie, die das Feindbild für einen führbaren Atomkrieg schaffen will, hielt Pfarrer Scheidtacker aus Oranienburg in der Wuppertaler Stadthalle entgegen: "Wißt ihr denn nichts von Jesus, von ihm, der totalitär ist - in seiner Liebe?!"

Arnold Pfeiffer

ADRIAAN VAN BIEMEN (1915 - 1984)

Am 27. Mai diese Jahres ist in Bentveld Adriaan van Biemen gestorben, der bis vor einem Jahr Präsident des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten war. Er hat noch vor kurzem in "Tijd & Taak", der Zeitschrift unserer holländischen Freunde, einen Gedenkartikel für Christine Ragaz veröffentlicht, die als Sekretärin des Internationalen Bundes mit ihm zusammengearbeitet hatte. Eine Generation von getreuen Trägern unserer Bewegung, die in den Nachkriegsjahren den Bund wieder aufgebaut haben, verläßt uns!

Adriaan ist im Jahre 1946 der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Woodbrooker geworden, jener ursprünglich von den britischen Quäkern in den Niederlanden geschaffenen Gruppe, die den Gedanken des Religiösen Sozialismus seit den Anfängen getragen hat. Als nach dem Ende der Besetzung William Banning, der eigentliche Führer der niederländischen Bewegung und ihrer Volkshochschule in Bentveld, zum Leiter des Tagungszentrums der Hervormden Kerk in Driebergen bei Utrecht

berufen wurde, hat Adriaan die Leitung Bentvelds und der Arbeitsgemeinschaft übernommen und auch die Hauptredaktion von "Tijd & Taak".

Der aus der Orthodoxie stammende und in Leiden ausgebildete Theologe hat sich überall mit seiner starken Persönlichkeit, aber auch mit seiner Musikalität, seiner literarischen Begabung und seinem goldenen Humor eingebracht. Geistig war er von Martin Bubers Denken berührt, und wenn er von seinen Kontakten mit Christen der DDR berichtete, erkannte man die Furchtlosigkeit und Vorurteilslosigkeit dieses Mannes. Der Reorganisation des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. in den siebiger Jahren hat Adriaan van Biemen durch zahlreiche Besuche und Begegnungen auf Jahrestagungen seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht nur seine holländischen Freunde, nein, wir alle haben einen vorbildlichen Sozialisten aus christlicher Gesinnung und einen wertvollen Freund verloren.

Markus Mattmüller

Klaus Kreppel

EINDRÜCKE VOM KATHOLIKENTAG 1984 IN MÜNCHEN

Eindrücke bleiben subjektiv, dies sei vorausbemerkt, auch wenn das ausschnitthaft Erlebte bestimmte Trends widerspiegelt. Die zahlreichen Flugblattverteiler "Für das Leben" in den Münchener Fußgängerzonen, vor dem Messegelände und in den Hallen fielen diesmal besonders auf. Fragte ich gelegentlich einen oder eine davon, ob sie den gleichen Einsatz, den sie für die Ungeborenen zeigten, fortzusetzen bereit seien, wenn es um den Schutz des geborenen Lebens vor ökologischer Zerstörung und atomarer Vernichtung gehe, so reagierten sie manchmal gereizt oder es kam die mechanisch klingende Entschuldigung, man müsse,um ganze Arbeit zu leisten, sich auf einen Schwerpunkt konzentrieren und dürfe sich nicht verzetteln.

Beschämung war nicht zu spüren, wenn diese Aktivisten "Für das Leben" Literatur von Ronald Reagan gegen die Abtreibung anboten, obwohl er, einmal von der Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges überzeugt, auch Millionenopfer in Kauf nehmen könnte. Verlegenheit auch nicht darüber, daß die us-amerikanischen Bischöfe von der Anti-Abtreibungs-Bewegung eine konsequente Linie zur Anti-Atomrüstungs-Bewegung gezogen haben. Und so stelle ich mir als Katholik besorgt die Frage, warum derartige Konsequenzen denn (noch) nicht im westdeutschen Mehrheitskatholizismus gezogen werden.

Mag sein, daß viele Katholiken sich den Zusammenhang von Hochrüstung und Kriegsgefahr noch nicht bewußt gemacht haben und die Komplexität von Rüstung und wirtschaftlichen Interessen nicht durchschauen. Umso leichter sind sie doch empfänglich für die Thematisierung der Lebensbedrohung im überschaubaren Mikrobereich pränataler Existenz. Die einseitige Betonung des durchaus alarmierenden Abtreibungsproblems und die gleichzeitige Verbannung des Friedensthemas in die Katholikentags-Randzonen bzw. in den Katholikentag von unten wirkt bedenklich und einäugig, da sie ablenkt von den Bedrohungs-Situationen der bereits Geborenen. Ich frage mich: Hat hier der offizielle Katholizismus seine spezifische Variante des von der Friedensbewegung aufgegriffenen "Lebens"-Themas gefunden, mit dem er die politisierbare und bereits politisierte Friedensethik des Neuen Testaments wieder individualisiert und neutralisiert? Setzt man Aggressionspotentiale, die sich eigentlich gegen Militärs und Militaristen und ihre Repräsentanten in Politik und Wirtschaft richten sollten, nun gegen abtreibende Frauen und ihre Ärzte frei? Der verzerrt aggressive Ton in der Rede des Heiner Geißler und das enragierte Auftreten von Abtreibungsgegnern, die die Aussetzung strafrechtlicher Verfolgung der Abtreibung mit staatlich verordnetem Mord gleichsetzten, nähren solche Vermutungen.

Es wäre sicherlich einseitig, ließe ich es bei diesem Eindruck, der mir in saurer Erinnerung bleiben wird, bewenden. Da ist das Erlebnis auf dem Forum "Kirche und Arbeitnehmerschaft", was erst so "reaktionär" begann und so kritisch endete. Zusammen mit der Hagener Gruppe der Religiösen Sozialisten und zahlreichen anderen Kvu-Besuchern haben wir uns in diese "offizielle" Katholikentagsveranstaltung "eingemischt". Ein in diesen Tagen politisch bereits überholtes Transparent der IG-Metall mit der von der Morgensonne hoffnungsvoll angestrahlten magischen Zahl "35", das wir an die Stirnseite des Podiums geheftet haben, wird uns in einem Handgemenge wieder entwendet; Begründung: die IGM sei "keine katholische Organisation" - aber warum wird später ein CAJ-Plakat mit dem gleichen Motiv zur 35-Stunden-Woche entfernt? Es begegnete mir hier in München eine eigentlich mit dem Katholikentag von Essen 1968 überwunden geglaubte Unduldsamkeit. Unduldsam im Podium jedoch zeigte sich nur ein Redner: als dem CSU-Politiker Stefan Höpfinger wegen eines Übermaßes an antigewerkschaftlichen Äußerungen von etwa einem Viertel der Zuhörer "rote Karten" gezeigt wurden, verlor er die Beherrschung, was auch von den Gemäßigten mit Kopfschütteln beantwortet wurde. Die übrigen Podiumssprecher zum Thema "Kirche und Arbeiterschaft", Pater Franz Xaver Prinz SJ, Pfarrer Edmund Erlemann, Maria Grönefeld, Alfred Horné und Karl Nothof äußerten sich recht kritisch, ja fast skeptisch über bisherige Ansätze, die gleichnamige Synodenvorlage in die Tat umzusetzen. Der Amtkirche wurde teils subjektives Nichtwollen, teils strukturelles Unvermögen vorgeworfen, die Kluft zu den Arbeitern und erst recht zu den Arbeitslosen, zu überbrücken. Der "Skandal", von dem einst Pater von Nell-Breuning sprach, "dauert fort" (F.X. Prinz).

Lobend wird übrigens in der Presse erwähnt, daß die Randthemen des Katholikentags, Frieden und Arbeit, auf dem Katholikentag von unten zentrale Bedeutung erhielten. Das Arbeitslosentribunal, eine Mischung aus Sachverständigengutachten und Rollenspiel mit Zeugen, Verteidigern, Anklägern und Richter (letzterer von dem Dortmunder Industrie-Seelsorger Hans Thüer dargestellt), war für das versammelte Kvu-Publikum recht eindeutig, ja fast affirmativ. Man hätte es sinnvoller auf dem offiziellen Katholikentag einsetzen sollen, um Gegenmeinungen zu provozieren oder Unentschiedene zu überzeugen.

Der Bund der Religiösen Sozialisten war als Mitgliedsgruppe der "Initiative Kirche von unten" durch einen Stand vertreten, der hauptsächlich von den Hagenern Marie-Luise Schwering, Lothar Bücken, Robert Wollborn und Hermann Daniel, vom Ehepaar Gernbacher aus Schwabach und mir betreut wurde. Neben zahlreichen Gesprächen mit den Genossen von den Nachbartischen, den Jusos und den CfS, beantworteten wir die Fragen der vorbeidefilierenden Kvu-Besucher nach unserem Sozialismus-Verständnis, nach unseren Unterschieden und Gemeinsamkeiten gegenüber den CfS, nach unserem Verhältnis zum Atheismus und zur Sowjetunion. Die Tatsache, daß ein CDU-Mitglied um Aufnahme in unserem Bund ersucht hat, läßt uns hoffen, daß wir vielleicht doch etwas im kleinen bewirkt haben und daß wir durch zähe Überzeugungsarbeit weitere Anhänger für die Ziele des Religiösen Sozialismus aus den Reihen der Christlichen Sozialbewegung gewinnen können.

IM NAMEN DES VOLKES ODER "GLÜCKLICH SIND DIE WEGEN DER GERECHTIGKEIT VERFOLGTEN"

Da die Gerichtsverhandlung für 8.3O Uhr in Schwäbisch Gmünd angesetzt war, fuhren wir kurz nach 2.OO Uhr nachts los, immerhin hatten wir 45O km vor uns.

Wir - das waren zwei Freundinnen von mir, mein Vater und ich. Aber das "wir" hatte noch eine tiefere Bedeutung: Das Gefühl, nicht alleingelassen zu sein, Solidarität zu erfahren, zu wissen, daß es Menschen gibt, die die zu erwartende Verurteilung als Fehlurteil und Interessenjustiz erkennen.

Wir kamen zeitig genug im Amtsgericht an. Zum Wachbleiben genügte ein Kakao, denn um müde zu sein, war ich viel zu aufgeregt. Die Butterbrote schmeckten nicht. In einer halben Stunde wäre ich vorbestraft und 5OO,-- DM los, und wofür dann diese Angst?

Wider Erwarten kam es ein wenig anders. In dem kleinen Verhandlungssaal waren Zuhörer/innen aus der Region gekommen. Wieder

Anteilnahme, Solidarität. Aus uns vieren waren 15 oder 2O geworden.

Der Richter wirkte jovial. Als bei seinem Eintritt nicht alle von uns aufstanden, machte er zwar eine Bemerkung, reagierte aber nicht schärfer.

Zunächst eröffnete er mir, daß die Vorladungsfrist zum Prozeß nicht eingehalten worden sei. Ich hätte das Recht, einen neuen Verhandlungstermin zu verlangen. Er irrte sich in beidem. Ich hatte mich von einer Juristin beraten lassen und wußte, daß die Vorladungsfrist von einer Woche auf den Tag genau eingehalten worden war. Darauf machte ich den Richter aufmerksam und darauf, daß ich mein "Recht", noch mehrere Male zwischen meinem Wohnort und Schwäbisch Gmünd hin- und herzufahren, wohl kaum wahrnehmen könne.

Dann befragte mich der Richter zur Sache: Ja, ich hatte mich mit 19 anderen Friedensarbeiter/inne/n auf die einzige Zufahrtsstraße zum us-amerikanischen Militärstützpunkt in Mutlangen gesetzt und damit einen Lastwagenkonvoi blockiert, bis ich von zwei Polizisten weggetragen wurde. Ja, ich wußte, daß ich mich nach geltendem Gesetz - Recht sollte man das nicht nennen - damit strafbar machte. Daraufhin startete der Richter einen Erpressungsversuch: Angeklagte, die sich künftig nicht mehr an derartigen Aktionen beteiligen wollen, kommen mit einem Bußgeld davon. Daß ich dieses Angebot ablehnte, ist selbstverständlich.

Bei der Verhaftung nach der Mutlanger Blockade hatte ich schon ausgesagt, daß ich aus christlicher Überzeugung heraus gehandelt hatte. Darauf baute ich auch jetzt meine Verteidigung auf. Nachdem ich gemerkt hatte, daß sich der Richter verständnisvoll gab, verlor ich ein Stück weit meine Angst und versuchte, die Situation so effektiv wie möglich zu den politischen Aussagen zu nutzen. Die Aufregung, die man meiner Stimme zu Anfang anhörte, verlor sich im Verlauf meiner Ausführungen:

Christinsein definiert sich für mich durch das Handeln in der Nachfolge Jesu. Um das inhaltlich füllen zu können, muß ich aus neutestamentlichen Texten herauszuarbeiten suchen, wie die Praxis Jesu in seiner gesellschaftlichen Situation ausgesehen hat, damit ich mich unter den Bedingungen meiner Zeit analog verhalten kann.

Das bedeutet z.B., daß ich in der Nachfolge Jesu von Nazareth, der als politischer Verbrecher hingerichtet wurde, der Vorbereitung zu Massenmord durch Atomwaffen nicht tatenlos zusehen darf. Ich muß meiner Umwelt sehr bestimmt zeigen, daß ich als Christin unter Frieden nicht Abwesenheit von Krieg in unserer Region, sondern soziale Gerechtigkeit für die ganze Welt verstehe. Dieses Ziel kann nicht dadurch erreicht werden, daß ein Militärbündnis dem anderen mit Massenvernichtungswaffen droht, um seine wirtschaftliche und poli-

tische Vorherrschaft zu sichern. Diese meine Überzeugung werde ich mit Nachdruck versuchen zu leben, ohne meinerseits Gewalt anzuwenden. Als eines der möglichen Mittel dazu erschien mir die Straßenblockade des Pershing-Stationierungsortes Mutlangen. Daß die gesellschaftlich Herrschenden ein solches Verhalten ahnden, ist nicht verwunderlich. Solche Verfolgungssituationen werden schon im Neuen Testament reflektiert, z.B. Matthäus-Evangelium 5, 10 - 12; 10, 17 - 20; Markus-Evangelium 8, 34 - 36; Lukas-Evangelium 21, 12 - 15. Die Herrschenden verstehen sehr genau, daß das "Suchen der Gottesherrschaft" (Matthäus-Evangelium 6, 33) Widerstand gegen jede menschliche Herrschaft und ihre Ausführungsorgane bedeutet. Das Militär und die Justiz sind solche Ausführungsorgane der Herrschenden und machen sich zu Handlanger ihrer Interessen.

Wenn Menschen aus sozialer Verantwortung heraus versuchen, durch gewaltfreie Blockaden in die Maschinerie der Kriegsvorbereitungen einzugreifen, werden sie wegen Nötigung angeklagt. Das beinhaltet aber gemäß dem Gesetz, daß sie Gewalt angewendet haben und die Tat verwerflich war. Vor keinem Gericht der Welt müssen sich dagegen diejenigen verantworten, die damit drohen, einen Großteil der Menschheit und der Natur durch Atomwaffen zu vernichten und schon jetzt Tausende durch ihre Rüstungsausgaben dem Verhungern ausliefern.

Daher bin ich der Meinung, daß der Nötigungsparagraph auf unsere gewaltfreie Blockade nicht zutrifft, ich also unter einer falschen Beschuldigung stehe.

Da der Richter noch weitere Fragen stellte, gab er mir die Möglichkeit, meine christlich-politische Haltung ausgiebig darzustellen.

Das Plädoyer des Staatsanwalts ging auf meine Darlegungen nicht ein und widerlegte sie nicht. Es bescheinigte mir lediglich ein überzeugendes Engagement für den Frieden und forderte gleichzeitig die Verurteilung.

Daß juristische Logik aus Gewaltfreiheit Gewaltanwendung macht und aus Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden Verwerflichkeit, zeigte das (erwartete) Urteil. Wegen Nötigung wurde ich zu 500,-- DM Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung gab der Richter zu, in staatliche Zusammenhänge eingebunden zu sein. Er konzedierte auch, daß seine juristische Argumentation sehr formal erscheine. Aber schließlich könne nicht jeder, ohne daß der Staat das sanktioniere, seine Privatethik gesellschaftlich durchsetzen, wie ich das versucht hätte. Diese Haltung kennzeichne mich lediglich als Überzeugungstäterin.

Trotz Verurteilung hatten sich die Angst, der Zeitaufwand und die Energie gelohnt. Ich selbst wurde mir über meine Motive und die

Schwächen meiner Argumentation klarer. Die Zuhörer/innen einmal mehr erfuhren, daß zwar die Macht auf Seiten der Justiz ist, nicht aber immer das Recht. Dem Richter ist vermutlich wieder einmal zu Bewußtsein gekommen, daß sein juristischer Formalismus staatlichen Interessen dient.

Die Erfahrung, daß von vielen Seiten Solidarität geübt wird und daß beängstigende Situationen positiv zu bewältigen sind, geben mir Hoffnung, Kraft und Mut für zukünftiges Handeln in der Nachfolge Jesu.

Jedoch müssen wir uns alle darüber klar sein: Wenn wir die gesellschaftliche Bewegung nicht auf viel mehr Menschen ausweiten und vor allem durch eine immer entschlossenere Praxis vertiefen können, werden unsere Ziele nicht durchzusetzen sein. Bezüglich staatlicher Verfolgung gilt: Vielleicht ist der Frieden billiger nicht zu leben, ganz sicher aber nicht die Gottesherrschaft.

(Der Name der Autorin ist der Redaktion bekannt.)

TERMINE UND TAGUNGEN:

Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands vom 16. - 18. November 1984 in Bielefeld

Wir möchten die Leser von CuS darauf hinweisen, daß Sie herzlich - auch als Nichtmitglieder des Bundes - zu dieser Jahrestagung eingeladen sind, die diesmal unter dem Thema "Neue Informations- und Kommunikationstechnologien" steht. Am Freitag, dem 16. November, referiert Jörg Richter aus Hamburg über die Konsequenzen für Struktur und Lebensweise unserer Gesellschaft und über mögliche Strategien der Einflußnahme auf diesen Prozeß. Am Sonnabend, 17. November 1984, stellt Manfred Gronwald, Dortmund, die Hoffnungen und Erwartungen an ein kirchliches Kabc.projekt in Dortmund vor. Es wird genügend Raum für unsere eigene Einschätzung dieser Entwicklungen in der Diskussion gelassen. Der Samstagnachmittag und -abend ist reserviert für unsere jährliche Mitgliederversammlung, zu der interessierte Nichtmitglieder ebenfalls als Gäste eingeladen sind. Am Sonntagvormittag möchten wir uns zu einer ökumenischen Eucharistiefeier zusammenfinden. Ende der Tagung ist am Sonntag nach dem Mittagessen.

Tagungsort ist die Jugendherberge in Bielefeld-Sieker, Oetzer Weg 25. Anmeldungen bitte ab sofort bis spätestens Montag, dem 5. November 1984, an: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 48 Bielefeld 17. Tel.: 0521/ 33 54 54 .

Ökumenische Versammlung der Christen in der Friedensbewegung
vom 9. - 11. November 1984 in Düsseldorf -

Der Bund der Religiösen Sozialisten ruft als Mitgliedsgruppe der Initiative Kirche von unten mit zur Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung in Düsseldorf auf. Er dient der Bestandsaufnahme bisheriger Aktionen und der Strategiediskussion der Christen in der Friedensbewegung.
Anmeldungen über: H. Schnettler, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.

BUCHBESPRECHUNGEN

Hans Warnecke: Die Ahrweiler Synagoge. Ein Beispiel jüdisch-deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 81 Seiten. Courir Verlag Bonn 1983.

Für dieses Buch, im Wort- wie im Bildteil gleich informativ, sollte es in möglichst vielen Gruppen Sammelbestellungen geben. Denn der Superintendent des evangelischen Kirchenkreises Koblenz erzählt die Geschichte der Juden in Ahrweiler nicht lässig-unbeteiligt, sondern in deutlichem Engagement. Solches Engagement ist nicht unnötig in einer Zeit, in der subproletarische Gefühle erneut als Judenhaß sich artikulieren.

Wie konnte es dahin kommen, daß die jüdischen Menschen unter den Augen ihrer christlichen Nachbarn die "Reise ohne Wiederkehr", die Fahrt nach Auschwitz oder Theresienstadt antraten; "Glauben nicht die Christen, daß der Gott, den sie als den Vater Jesu Christi verehrten, der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs war? Gehörte nicht das Alte Testament zur Bibel der Christen?"

"Solche Fragen", so sagt Superintendent Warnecke, "durften damals" - nämlich in der Nazizeit - "nicht gestellt werden, weil sie das Leben kosten konnten".

Mit diesem Satz, so fürchte ich, beginnt die Entlastungslegende der Kirchenfunktionäre. Es konnte in der Nazizeit sehr wohl für das Recht des Alten Testaments in der Kirche eingetreten werden; viele haben das auch getan, während heutigentags der Aufschrei weithin unterblieben ist. Nein, das eigentliche Risiko begann erst da, wo es sich um die Anwendung der Erkenntnis vom ungekündigten Bund mit Israel, wo es sich also um die Politisierung der theologischen Erkenntnis handelte.

Weil Humanität nicht teilbar ist, müssen Menschen, die aus dem Versagen der Kirche in der Nazizeit lernen wollen, heute für das Lebensrecht der Türken in unserem Lande eintreten und sich gegen die nur kurzfristig unterbrochene Diskriminierung der Sinti und Roma wenden.

Warncke räumt ehrlicherweise ein, daß die Duldung, die den Juden in Deutschland im vorigen Jahrhundert widerfuhr, nicht Resultat des dogmatischen Christentums, sondern vielmehr der revolutionär durchgesetzten bürgerlichen Vernunft war. Namen wie Gotthold Ephraim Lessing, Moses Mendelssohn und Heinrich Heine werden in diesem Zusammenhang mit Recht ehrend genannt. Und wenn der jüdische Lehrer Stern 1894 bei der Einweihung der von den Nazis später geschändeten Synagoge in Ahrweiler sagen konnte, Christen und Juden seien doch "Kinder eines Vaters", so ist Warnecke ehrlich genug, hinzuzufügen, es habe noch lange gedauert, "bis auch von christlicher Seite in solch ökumenischer Gesinnung über den jüdischen und christlichen Glauben gesprochen wurde".

Werden Christen es endlich lernen, zu zuverlässigen Verbündeten der Unterdrückten zu werden? Die Juden in Ahrweiler, in Hitlers christlich verbrämten Deutschland gehetzt und fürs Ausrotten bestimmt, mußten sich ihre Verbündeten unter denen suchen, die ohne religiöse Deckung für den Frieden und für ein gerechteres Leben kämpften. Im Tunnel von Silberberg, in dem eine kleine Schar von Juden Zuflucht sucht, sind "ein paar Familien, die seit langem ihrer kommunistischen Einstellung wegen im Widerstand zur (Nazi-) Partei stehen und die schützend ihre Hand über diese neuen Mitbewohner halten".

Warneckes Buch ist gegen das Vergessen und Verdrängen geschrieben. Gebe Gott, daß dem Erbarmen, das die Nazis auslöschen wollten, von jungen Deutschen eine neue Zukunft und Geschichte bereitet wird.

Arnold Pfeiffer

Friedrich Wilhelm Kantzenbach, Die Bergpredigt, Annäherung - Wirkungsgeschichte. Verlag W.Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, 158 S. kart.

Die Bergpredigt ist in aller Munde. Das danken wir vor allem der Friedensbewegung. Dieser alte Text hat kaum einer Generation so viel zu sagen wie der unseren im Angesicht des möglichen atomaren Holocaust. Neben E. Schweizers viel gelobter Wort-für-Wort-Auslegung ("Die Bergpredigt", K.Vandenhoeck-Reihe Nr.1481 = Abdruck aus dem Matth.-Kommentar der Reihe "Neues Testament Deutsch", 1982) und Franz Alts mit Recht verbreiteter Akualisierung ("Der Frieden ist möglich") gibt es jetzt ein drittes Hilfsmittel zum Einstieg in die Problematik. Der Saarbrücker Kirchenhistoriker Friedrich-Wilhelm Kantzenbach widmet sich im ersten Teil der

Wirkungsgeschichte der Bergpredigt (BP). Er stellt in sehr gut lesbarer Form eine Reihe von "Zugängen" zur BP vor. Mit am eindrucksvollsten scheint mir das Modell "Nachahmung" (Imitation) gegelungen. Franz von Assisi und die Mittelalterliche Armutsbewegung sind das klassische Beispiel dafür, wie in einem bestimmten geschichtlichen Augenblick die wörtliche, buchstäbliche "Übertragung" der BP (oder einer bestimmten Textstelle aus diesem frühchristlichen "Katechismus" der Lebens- und Weltbewältigung) gefordert sein kann: Weil Jesus die Armen glücklich preist und weil er selber nur 1 Paar Sandalen und 1 Rock hatte, deshalb will man genauso arm sein und nur das Nötigste besitzen. - Der nächste bedeutende geschichtsträchtige Versuch eines Zuganges zur BP ist das Modell "Zwei-Reiche-Lehre". Luther hat Wesentliches gesehen: er hat mit der Trennung der beiden Reiche (Regimente) Kreuzzugsideologie, Schwertmission, Cäsaropapismus und Theokratie unmöglich gemacht. Der Vermischung von "geistlicher" und "weltlicher" Gewalt ist so gewehrt, aber die vor allem im Luthertum propagierte Abtrennung eines Bereichs (der Politik, der Wirtschaft und der Großbürokratie), in den die BP nicht mehr 'hineinfunkt', der vielmehr nach eigenen Sachzwängen abläuft, führt zur berühmten "Eigengesetzlichkeit" weiter Lebensbereiche. Hier lagen die Täufer allemal richtig in ihrer Ablehnung von Eid und Kriegsdienst. - Es folgt bei K. neben dem "philosophischen Zugang" (Kant) und F. Naumanns "Zweifel an der BP" die glänzende Darstellung des Religiösen Sozialismus. L. Ragaz (das "Revolutionsmodell") und G. Wünsch werden breit gewürdigt. Das Modell "Ehrfurcht vor dem Leben" (Alb.Schweitzer) ist einer der Höhepunkte des Buches und weist K. als vorzüglichen Schweitzer-Kenner aus. - Franziskus' "Nachahmungs"-Modell korrespondiert Bonhoeffers "Nachfolge"-Modell. Daß ein Theologe mitten im dritten Reich überhaupt eine BP-Auslegung schreibt, die (im Textumgang konservativ) mutig zur Frages des "Treueides" Stellung nimmt, grenzt an ein Wunder und zeigt, wie lebenskräftig die Botschaft der BP durch die Jahrhunderte geblieben ist. Rel. Sozialismus, Schweitzer und Bonhoeffer - in dieser Linie (vielleicht als Synthese dieser drei Ansätze) könnte ein heute brauchbares BP-Auslegungsmodell liegen. - K. stellt auch noch das Verhältnis Gandhi - BP sowie die Beziehung Buddhismus - BP dar, ehe er seine eigene "Begegnung" mit der BP schildert.
Im II. Teil gibt der Verf. eine glänzende Materialsammlung zum Thema BP - und hier erweist sich der Verf. als sensibler Zeitgenosse und versierter Gemeindepraktiker und Seelsorger. Bettina Wegner ("Nein, wenn einer meine linke Backe schlägt..."), W. Jens, K. Marti, E. Cardenal und M.L. King stehen neben A. Rich, E. Fromm, S. Ben-Chorin und Alb. Schweitzer. Mit am stärksten hat mich der Text von E. Lange getroffen (der an seiner Kirche wie kaum einer gelitten hat): "Glücklich die Habenichtse und Hungernden in Asien, Afrika und Lateinamerika...: Gott ist im Kommen eigens für sie mit all seiner Fülle... Glücklich die berühnten und die namenlosen Gandhis und Kings, die Stauffenbergs und Smirkovskis...: Gott erkennt sich selbst in ihnen wieder wie ein Vater in seinem Sohn". - Ein Buch für uns!

Heinz Röhr

ALS CHRIST SOZIALIST!

Dazu bekennt sich eine zunehmende Zahl von Christen und Sozialisten.
In unserer Bewegung arbeiten seit 1919 religiöse Sozialisten zusammen für

- **soziale Gerechtigkeit**
- **Versöhnung in allen Bereichen (z.B. Menschlichkeit am Arbeitsplatz, Frieden und Völkerverständigung)**
- **Demokratie in allen Lebensbereichen (z.B. Wirtschaft, Bildung)**

Wir treten ein für eine Umkehr in der Behandlung von Natur, für die wir vor Gott und unseren Kindern verantwortlich sind. Unsere Arbeit für eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft sehen wir im Lichte des Evangeliums und hoffen auf Gottes kommendes Reich, für dessen anfangende Verwirklichung wir in Taten der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit arbeiten wollen.

Der INTERNATIONALE BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN ist seit 1928 christlicher Gesprächspartner der Sozialistischen Internationale. Auch Juden sind an diesem Gespräch beteiligt.

In Deutschland hat der Bund der religiösen Sozialisten für eine demokratische und soziale Republik gekämpft und seit 1926 den Faschismus bekämpft. Deshalb wurde er 1933 verboten.

Nach dem 2. Weltkrieg hat er seine Arbeit in kleinerem Umfang fortgeführt. 1976 wurde der BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V. durch die jüngere Generation wiederentdeckt und neu belebt.

In dieser Zeitschrift behandeln wir Themen im Hinblick auf eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft. Den Bestellabschnitt - auch für weitere Informationen - finden Sie auf der letzten Seite des Heftes.

Autoren dieses Heftes:

Ulrike Baur, Redaktion »Kirche und Gesellschaft«, Süddeutscher Rundfunk, 7000 Stuttgart 1.

Horst Gerlach, Dr. phil., Oberstudienrat an der christlichen Jugenddorfschule, 6719 Weierhof (Pfalz).

Helmut Gollwitzer, Dr. theol. Prof. f. ev. Theologie, Nebinger Str. 11, 1000 Berlin 33. (Siehe CuS 1/84, 4/81, 1/80, 3/79)

Klaus Kreppel, Dr. phil., Fachleiter f. kath. Religionslehre am Studienseminar, Beuthener Straße 4, 4800 Bielefeld 17.
(Siehe CuS 2/84, 4/83, 2/83, 3/82, 4/81, 2/81, 3/80, 4/78)

Martina Ludwig, ev. Theologin, Meerhausener Str. 20, 5300 Bonn 3.
(Siehe CuS 2/84, 1/84, 1/83)

Markus Mattmüller, Dr. phil., Prof. f. Geschichtswissenschaft, Peter-Rot-Str. 49, CH 4058 Basel.
(Siehe CuS 4/82, 2/81, 1/81, 2/80, 3/77)

Thomas Nippe, Christliche Arbeiterjugend (CAJ), Habsburger Str. 10, 1000 Berlin 30.

Arnold Pfeiffer, Dr. theol., ev. Pfarrer, Hauptstr. 11, 5680 Idar-Oberstein.
(Siehe CuS 1/84, 2/83, 1/83, 4/82, 2/82, 4/79)

Heinz Röhr, Dr. theol., Prof. f. ev. Theologie, Winterbachstr. 30, 6000 Frankfurt am Main 1.
(Siehe CuS 4/82, 3/82, 1/82, 4/81, 4/80, 1/80, 4/77)

Dieter Stork, ev. Synodaljugendpfarrer, Klusstr. 93, 4980 Bünde.

Gerhard Weber, Basisgemeinde 2303 Wulfshagenerhütten, Post Gettorf.

An unsere Leser

Der Bund der Religiösen Sozialisten bekämpft zwar in Ragazscher und Hohoffscher Tradition den Mammonismus, doch trotzdem geht es auch bei ihm nicht ganz ohne Geld. Seit wir C&S in der Druckerei herstellen lassen, ist die Zeitschrift nicht mehr allein aus Abo-Gebühren und Mitgliederbeiträgen zu finanzieren, obwohl uns die Druckerei schon große Zugeständnisse gemacht hat.
Ehe wir an kommerzielle Lösungen oder gar Fusionen denken, suchen wir zuerst einmal nach »hausinternen« Möglichkeiten, den momentanen finanziellen Engpaß zu überwinden.
Wir wenden uns deshalb an unsere Leser mit der Bitte um eine Spende, einmalig oder im Dauerauftrag; auch die kleinste Summe hilft uns weiter. Steuerabzugsfähige Spendenquittungen senden wir Ihnen selbstverständlich zu. Ihre Hilfe kann uns auch in Form eines zinslosen Darlehens zugeleitet werden. Am wirksamsten wäre sicherlich die Werbung neuer Abonnenten. Haben Sie schon einmal daran gedacht, jemanden aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis als Leser für C&S zu gewinnen?
Wir hoffen auf Verständnis und Resonanz.

Klaus Kreppel Jürgen Finnern Dorothee Schäfer

Konto: Postscheckamt Dortmund Nr. 189389-464

.....

Hiermit bitte ich um Zusendung

O eines Probeheftes des Bundesorgans "CHRIST UND SOZIALIST"
O der Broschüre "DER BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V. - Informationen zur Geschichte, zur gegenwärtigen Situation und zur Organisation (bitte DM 1,50 in Briefmarken beilegen)
O einer Kontaktanschrift
O Hiermit abonniere ich "CHRIST UND SOZIALIST" ab .....
O Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft im BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V.

Name und Anschrift: .....

.....

An: Jürgen Finnern
Jakob-Kaiser-Str. 4 a

.....

4800 Bielefeld 1

....., den .....

(Ort)

.....

(Unterschrift)